Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

39. Sitzung
5. September 2024

Beginn: 09.06 Uhr
Schluss: 11.59 Uhr
Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Redaktion: Thorsten Peger, Tel. 2325-1455 bzw. quer 99407-1455

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs — 0142 UK
Fernwärmeerzeugung durch Holzverbrennung in Zeiten von Klimakrise, Energiewende und Zero-Waste-Strategie
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen — 0185 UK WiEnBe(f)
Drucksache 19/1638
Echter Klimaschutz statt Greenwashing: Berlin braucht einen klimagerechten Fahrplan für die Fernwärme

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist ebenfalls Herr Markus Witt, Leiter der Geschäftseinheit Abfallbehandlung und Stoffstrommanagement bei der Berliner Stadtreinigung – BSR –, anwesend und hat eine Präsentation vorbereitet. Zu Tagesordnungspunkt 3 begrüße ich ganz herzlich in alphabetischer Reihenfolge Frau Michaela Kruse, sie ist Referentin für Bioenergie beim Naturschutzbund Deutschland e.V. – NABU –, Herrn Prof. Dr. Wolfgang Lucht, Abteilungsleiter Erdsystemanalyse am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung – PIK –, Herrn Tobias Quast-Malur, Fachreferent für Abfall und Ressourcen, Ressourcenpolitik beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. – BUND –, Landesverband Berlin, und nicht zuletzt Herrn Marko Voß, Leiter Strategisches Asset-Management Berliner Energie und Wärme AG – BEW –. Ich darf feststellen, dass auch Sie, liebe Anzuhörende, mit den Liveübertragungen und den Ton- und Bildaufnahmen der Sitzung einverstanden sind. – Ich sehe Kopfnicken; das ist der Fall. Ich gehe außerdem davon aus, dass ein Wortprotokoll zu TOP 3 angefertigt werden soll. – Ich sehe hier auch Kopfnicken, dann verfahren wir so. Möchte die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Gesprächsbedarf zu TOP 3 a sowie den Antrag unter TOP 3 b Drucksache 19/1638 begründen? – Das ist auch der Fall. – Herr Dr. Taschner, Sie haben das Wort!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich werde a und b zusammen begründen. Neben der Mobilitätswende ist die Wärmewende sicherlich eine der größten Herausforderungen, die wir in dieser Stadt gemeinsam meistern müssen, wenn wir unsere Klimaziele ernst nehmen. Für uns in Berlin bedeutet es nicht weniger, als die große Mammutaufgabe zu stemmen, die Fernwärmenetze zu dekarbonisieren. Der Dekarbonisierungsfahrplan des ehemaligen Eigentümers des größten Berliner Fernwärmenetzes, die Vattenfall Wärme AG, sieht vor allem den großtechnischen Einsatz von grünem Wasserstoff und Biomasse vor. Glücklicherweise hat sich inzwischen schon auch die Erkenntnis durchgesetzt, dass Wasserstoff in der Menge als Grundlast für die Fernwärme schlichtweg einfach utopisch ist. Im Gegensatz dazu wird Biomasse nach wie vor als klimaneutraler Brennstoff angesehen. Aber ist das wirklich so? Daran sind in den letzten Monaten erhebliche Zweifel aufgekommen. So ergibt das für uns Grüne jetzt Sinn, zu diesem Zeitpunkt nach der Rekommunalisie-

rung der Fernwärme uns hier im Ausschuss genau mit diesem Thema Biomasse näher zu befassen. Schließlich stehen wir jetzt in der Verantwortung, die Fernwärme wirklich zu dekarbonisieren und nicht einfach unsere Wälder zu verheizen. Berlin braucht deswegen einen klimafreundlichen Fahrplan für die Fernwärme.

In unserem Antrag fordern wir deshalb, den von der Vattenfall Wärme AG vorgelegten Dekarbonisierungsfahrplan deutlich zu überarbeiten. Wir plädieren dafür, statt auf Biomasse auf die Nutzung lokal verfügbarer Wärmequellen und effiziente Technologien wie zum Beispiel Großwärmepumpen, Geothermie und Abwärmenutzung zu setzen. Weil die BSR heute auch anwesend ist, soll natürlich auch ganz klar sein: Was für das Fernwärmenetz der BEW gilt, gilt natürlich auch für das Fernwärmenetz Neukölln. Auch hier haben wir mit dem Kauf der Vattenfall Wärme AG immerhin 80 Prozent Anteil übernommen. Und auch hier, wenn wir in den Dekarbonisierungsfahrplan reinschauen, spielt Biomasse eine ganz wesentliche Rolle, hier jedoch durch die Verbrennung eines noch zu errichtenden Heizkraftwerks der BSR, wo dann Altholz, das keiner anderen stofflichen Verwertung zugeführt werden kann, verheizt werden soll, aber wie hoch die Menge wirklich ist, steht zurzeit eigentlich noch gar nicht fest. Das ist auch ein Thema, das wir heute in dieser Anhörung sicherlich nur streifen können. Ich würde dafür plädieren, sobald sich die Pläne der BSR diesbezüglich konkretisieren, dass wir dieses Thema auch noch mal bitte gesondert, vielleicht gegen Jahresende hier aufrufen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Dr. Taschner! – Ist eine einleitende Stellungnahme des Senats zu diesem Punkt gewünscht? – Das ist der Fall. Dafür erteile ich das Wort an Herrn Staatssekretär Fischer. – Bitte!

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schön, bei Ihnen in diesem Ausschuss zu sein. Ich freue mich, die Gelegenheit zu haben, als Vertreter und Gesellschafter und Fachaufsicht über eines unserer neuen landeseigenen Unternehmen hier auch Rede und Antwort zu stehen. Ich freue mich sehr, dass wir ab dem 1. Mai 2024 die Anteile an der jetzigen Berliner Energie und Wärme übernehmen konnten. Damit geht natürlich nicht nur ein großes Unternehmen, sondern auch eine große Verantwortung in Landeshand über. Da stellen sich einige Fragen, die wir versuchen, in den kommenden Monaten auch fachlich adäquat zu beantworten.

Eine der großen Fragen stellen Sie hier im Ausschuss. Das ist die nach der Transformation und wie wir eigentlich mit den Dekarbonisierungsfahrplänen unserer Fernwärme- und Nahwärmeversorger in dieser Stadt umgehen wollen. Es ist in der Tat so, wie einleitend auch begründet wurde, dass die Biomasse derzeit einen nicht unerheblichen Teil in der zukünftigen Dekarbonisierungsstrategie der bisherigen Vattenfall Wärme vorgesehen hat. Das wird in den dreißiger Jahren ungefähr einen Anteil von 17 Prozent haben. Das ist eine der Fragen, mit denen wir uns aktuell gemeinsam mit dem Vorstand, der Geschäftsführung der BEW auseinandersetzen, inwiefern die wirtschaftlichen Kriterien und Kennziffern dafür notwendig sind.

Ich will einige Parameter aus Sicht des Senats sagen, die dabei wichtig sind zu berücksichtigen: Zum einen haben wir ein ambitioniertes Berliner Energiewendegesetz, das auch Schritte auf dem Weg zur Klimaneutralität vorsieht. Wir wollen spätestens bis 2045 klimaneutral sein. Der Weg dorthin ist aus einem fossil geprägten System anspruchsvoll. Wir haben gerade bei der Fernwärmeversorgung nur eine Reihe von Optionen, die wir nutzen können. Dazu gehört

natürlich allen voran die Nutzung von Geothermie, genauso aber auch die Nutzung von elektrischen Versorgungsstrukturen, das können Großwärmepumpen oder Ähnliches sein, und schließlich bleiben natürlich auch noch Biomasse und im Zweifelsfalle auch Wasserstoff oder Biogasformen am Ende als Option übrig.

Neben diesem Teil der Transformation ist für uns aber auch ganz wichtig, dass wir dauerhaft Versorgungsstabilität und Preisstabilität für die Berliner Kundinnen und Kunden gewährleisten müssen. Beides spielt bei der Debatte um die Biomassenutzung eine ganz wichtige Rolle. Insbesondere das Thema Versorgungssicherheit und die Gewährleistung von einer sicheren Wärmeversorgung mit einigen unklaren Komponenten im zukünftigen Energiemix beschäftigt uns sehr. Dafür ist die Biomasse am Ende kein Selbstzweck, sondern sie ist sozusagen Mittel auf dem Weg zur Dekarbonisierung. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: Wir setzen natürlich darauf, dass wir in Zukunft einen hohen Anteil an Geothermie in unserem Fernwärmemix haben werden. Das können in den besten Fällen bis zu 20 Prozent sein. Das Fündigkeitsrisiko in der Geothermie ist aber groß. Wenn wir nicht garantieren können, dass das in Zukunft kommt, müssen wir natürlich Rückfalloptionen haben. Das ist eine der Argumentationen, warum wir natürlich auch in Zukunft zumindest einen Teil der Versorgung mit Biomasse werden planen müssen.

Zweitens: Wenn wir auf die Investitionstätigkeit des Unternehmens blicken und die Frage, wie Preisstabilität für die Kundinnen und Kunden gewährleistet werden kann, ist natürlich zunächst einmal die Beimischung von Biomasse eine der vergleichsweise kostengünstigeren Varianten im Vergleich zum Neubau und den Investitionen in einem etwas unsicheren Umfeld. Das ist keine langfristige Strategie. Das ist ein kurzfristiger Weg, um bei den Klimazielen zumindest bei Beginn der dreißiger Jahre eine Option zu haben. Wir sind also abschließend im Moment dabei, das zu bewerten, gemeinsam mit dem Unternehmen den Dekarbonisierungsfahrplan noch einmal anzusehen und hoffen, dass wir bis zum Ende des Jahres dazu auch noch mehr detaillierte Antworten liefern können. – So viel zur Einleitung, und ich freue mich auf die Anhörung!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Staatssekretär Fischer! – Ich möchte nun den Anzuhörenden das Wort geben und Sie bitten, Ihre Stellungnahmen auf fünf Minuten zu beschränken, damit im Anschluss die Möglichkeit besteht, die Fragen der Abgeordneten zu beantworten. Es gab den Wunsch vonseiten der Anzuhörenden, dass man die Reihenfolge ändert – Sie wissen, dass wir in alphabetischer Reihenfolge vorgehen –, dass Herr Prof. Dr. Lucht anfängt und nicht Frau Kruse. Ich sehe keinen Widerspruch der Ausschussmitglieder, dann verfahren wir so. – Herr Prof. Dr. Lucht, Sie haben das Wort!

Dr. Wolfgang Lucht (PIK): Herr Vorsitzender! Vielen Dank für die Einladung! Ich bin ein Spezialist für den Kohlenstoffkreislauf. Wir betreiben große Vegetationswachstumsmodelle, ich kenne mich mit planetaren Grenzen aus, ich arbeite in dieser Funktion am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, bin Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin und auch Mitglied im Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung, der sich auch schon zu diesem Themenkomplex geäußert hat. Ich kann aus rein wissenschaftlicher fachlicher Sicht in meinem Verständnis der Literatur Ihnen einige Informationen geben und hoffe, dass die für Sie in den wichtigen Erörterungen und Entscheidungen vielleicht nützlich sind, mit denen Sie sich hier beschäftigen.

Der erste Punkt ist Holz – Biomasse ist so ein abstrakter Begriff –, aber wenn wir über Holz sprechen: Holz verbrennt schnell und wächst langsam. Holz kann man immer schneller verbrennen, als es nachwächst. Das ist kein großes Problem, wenn man im ganz kleinen Maßstab verschiedene Quellen von Holz und Biomasse hat und mal hier und mal da was anfällt, aber wenn man auf den industriellen Maßstab, den Kraftwerksmaßstab geht, kommt man in diese Situation, dass man sehr viel schneller Holz verbrennen/abrufen kann, als es dann nachher nachwächst. Deswegen besteht eine große Gefahr, dass man dann in ein CO_2-Defizit reinläuft und dass man deswegen über die Zeit, in der mehr Kohlenstoff durch den Schornstein geht, als in der Landschaft nachwächst, das aufbaut, was man in der Wissenschaft Carbon Debt nennt, eine Kohlenstoffschuld.

Es wird dann häufig gesagt: Na ja, während das eine nachwächst, ernte ich das Nächste und dann geht das immer so im Kreis herum. – Insgesamt ist trotzdem im Schnitt der Flächen, die regelmäßig geerntet werden, wo die Biomasse herkommt, weniger Biomasse in der Landschaft vorhanden, als es wäre, wenn man das nicht tun würde. Man kann also nicht nur den Kreislauf betrachten und dass ein bestimmtes Holzstück nachwächst, sondern man muss auch den Bestand an Kohlenstoff in der Landschaft mit berücksichtigen. Das wird sehr häufig nicht getan. Es wird dann oft gesagt, dass in Deutschland und auch in Europa generell oder in vielen Bereichen der Biomasse die Holzbestände stabil sind oder sogar zunehmen und dass es okay ist, diesen Zuwachs, solange die Stabilität da ist, energetisch zu verwerten und dass klimaneutral sei, weil es nur der Zuwachs ist.

Das ist aus fachlicher Sicht aber keine ausreichend zutreffende Antwort, weil nämlich die Tatsache, dass die Biomasse auf der Erde zunimmt, in den Klimazielen berücksichtigt ist. Von 100 CO_2-Molekülen, die wir emittieren, bleiben nur 50 in der Atmosphäre, 25 gehen in die Ozeane und 25 gehen in den Zuwachs der Biomasse. Das verlangsamt den Klimawandel, weil nur jedes zweite CO_2-Molekül, das wir ausstoßen, auch tatsächlich in der Atmosphäre verbleibt und erwärmt, aber ein Viertel dieser Moleküle geht in die Biomasse. Die muss daher zunehmen, und wenn sie abstirbt, muss das teilweise in den Boden gehen. Das sieht man auch. Die Biomasse der Erde nimmt zu, also wenn man die Abholzung mal weglässt, die dem wieder entgegenwirkt. Diese Senke muss geschützt und gefördert werden und steht nicht zur Verfeuerung zur Verfügung, weil man dann ja das, was man gerade der Atmosphäre wieder entzogen hat, einfach wieder in die Atmosphäre zurückschickt. Deswegen ist dieser Zuwachs, von dem oft gesprochen wird, keine verfügbare Biomasse zum Verfeuern. Die Senkenfunktion der Vegetation der Erde, die Zunahme der Biomasse in den Wäldern muss geschützt und gefördert und nicht verbrannt werden.

Warum wird dann die Biomasse im öffentlichen Diskurs trotzdem so häufig als klimaneutral bezeichnet? – Die Verführung besteht durch diese grundlegende Idee, dass es wieder nachwächst. Das ist der eine Grund, den habe ich erläutert. Der zweite sind die Regeln der Buchführung. Die Emissionen, die bei der Verbrennung von Biomasse entstehen, werden nach den internationalen Regeln der Buchführung über CO_2-Emissionen nicht bei der Verbrennung angerechnet, sondern sie werden bei der Veränderung in der Landoberfläche angerechnet, also ein ganz anderes Buchhaltungssystem.

Deswegen haben Sie bei der energetischen Nutzung null oder ein bisschen Transportemissionen, da bleibt nicht viel übrig. Dann heißt es: Man sieht, da ist nichts, das ist fast CO_2 neutral –, aber dass in einer anderen Buchhaltung enorme CO_2-Verluste verbucht werden, ist we-

nig bekannt, und dort, wo sie verbucht werden, bei der Landnutzungsänderung, hat es kaum Konsequenzen. Es hat keine politischen Konsequenzen, und es ist kein CO_2-Preis drauf. Das wird jetzt in der Biomassestrategie diskutiert, aber im Wesentlichen ist es CO_2-frei. Deswegen kann man CO_2-Preise, CO_2-Abgaben vermeiden, wenn man Biomasse co-feuert, weil es in diesem Account nicht bepreist und im Landaccount kostenlos ist. Da gibt es zwar große Erklärungen, dass das alles nicht sein soll, aber es passiert trotzdem, und das, obwohl aus dem Schornstein des Biomassekraftwerks erheblich mehr CO_2 kommt, als wenn dieses Kraftwerk fossil betrieben worden wäre. Das liegt daran, dass Holz ein schlechter Brennstoff ist. Es hat keine sehr hohe Energiedichte im Vergleich zu Kohle oder Gas. Das heißt, aus dem konkreten Kraftwerk kommt mehr CO_2 pro produzierter Energieeinheit raus, als sonst der Fall wäre, wenn man weiter fossil heizen würde.

Ich kann Ihnen vorschlagen, dass Sie sich mal mit dem britischen Kraftwerk Drax in Yorkshire beschäftigen, ein berühmtes Beispiel. Dort wurden Kohlekraftwerksblöcke auf reine Biomassenutzung umgerüstet, erhebliche Energieerzeugung, ist die größte Einzelquelle. Heute ist dieses Biomassekraftwerk die größte Einzelquelle für CO_2 in Großbritannien. Dieses eine Kraftwerk produziert 2,9 Prozent der gesamten Emissionen von Großbritannien, erhielt im Namen von grüner, nachhaltiger Biomasseenergie aber 6,5 Milliarden Pfund Förderung an öffentlichen Finanzen. Es hat allein im letzten Jahr 539 Millionen Pfund an öffentlicher Förderung für Nachhaltigkeit bekommen, verbraucht jedoch 20-mal so viel holzbasierte Pellets, als in Großbritannien produziert werden. Für den Import dieser Pellets für diesen einen Kraftwerkskomplex in Großbritannien bedienen die sich in den USA, wo Wälder in Privatbesitz im großen Umfang zu Geld gemacht werden. Die besitzen Hafenanlagen, Pelletfabriken, in dem Fall in den USA. Wenn dort die Grenzen erreicht sind, wird sicherlich in den globalen Süden ausgebreitet. 5,8 Millionen Tonnen Holzbiomasse werden alleine dort verfeuert. Das ist in diesem Fall Raubbau an der Natur, da es sich viel um Privatwälder in den USA handelt. Das ist keine einheimisch gedeckte Nachfrage, obwohl es noch gar nicht so viele Biomassekraftwerke gibt. Die sind alle in der Planung, kommen dann und werden da alle Konkurrenz sein.

Keine Frage, im kleinen Maßstab kann die Verfeuerung von Holzbiomasse in Ordnung sein. Das Problem ist das Volumen, wenn es große Expansionen sind, wenn es industriell ist, wenn Märkte aufgebaut werden, wenn es Raubbau betrifft. Man muss dann auch sagen: Je strenger die Nachhaltigkeitskriterien in der Biomassequelle bei uns oder in der EU sind, desto mehr wird sich global bedient werden. Man spricht dann von Plantagen, die das versorgen sollen. Plantagen sind aber nicht Wald, sondern sehr intensive Landwirtschaft mit Auswirkungen auf den Wasser- und Stickstoffkreislauf, die auch nicht unerheblich sind. Es ist ein weiterer Faktor in der Landnutzungskonkurrenz in einer Situation, wo wir wegen der zu intensiven Nutzung des Landes sowieso über Renaturierungsnotwendigkeiten reden.

Ich glaube, meine Zeit ist vorbei. Ich hätte Ihnen sonst noch einige Literaturbeispiele aus der wissenschaftlichen Literatur gesagt. Es gibt – die kann ich aber gerne nachliefern – lange Listen von wissenschaftlichen Veröffentlichungen in den top Wissenschaftsjournals, die alle in den Titeln zeigen, warum diese Vorstellung, dass Biomasse/Holz zu verbrennen CO_2-neutral sei, nicht zutrifft. Da besteht wissenschaftlich auch wenig Zweifel daran. Deswegen möchte ich mit der Bemerkung schließen: Holz ist ein sehr wertvoller Rohstoff, der gerade in der wachsenden Bioökonomie für viele wertvolle Dinge einen Bedarf decken kann. Selbst am Ende von den Kaskaden muss man immer wieder überdenken, ob es wirklich das Ende der

Kaskaden ist. Die Vorstellung, dass Holz zu verbrennen klimaneutral sei, weil es nachwachse – da muss man nur fragen: Aber wann und wo und wie? In welcher Menge? –, ist wissenschaftlich gesehen in der Pauschalität falsch, und daher ist es auch nicht grün und notwendig und nachhaltig, solche Pläne zu machen. Generell ist es einfach keine gute Idee, Sachen aus Kohlenstoff zu verbrennen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Lucht! – Frau Kruse, bitte!

Michaela Kruse (NABU): Vielen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich bedanke mich auch herzlich für die Einladung! Wir sind als NABU auch der festen Überzeugung, dass die Dekarbonisierung der Fernwärme in Berlin und natürlich überall in Deutschland dringend notwendig ist, der Ausstieg aus den Fossilen ist überfällig und sehen auch die Rekommunalisierung der Fernwärme in Berlin an der Stelle als große Chance, vor allem, weil der Dekarbonisierungsfahrplan von Vattenfall aus unserer Sicht kein Fahrplan für eine zukunftsfähige oder versorgungssichere Wärmewende, sondern einfach ein Armutszeugnis ist. Insofern begrüßen wir den Antrag der Grünen sehr, der fordert, dass dieser Fahrplan nach der nun erfolgten Übernahme auch überarbeitet werden muss. Wir haben auch von Staatssekretär Fischer gehört, dass das anscheinend auch schon bereits in Arbeit ist.

Zum einen hat Vattenfall unrealistische Mengen an Wasserstoff verplant, und wenn dieser absehbar nicht vorhanden ist, würde das dazu führen, dass länger und mehr Erdgas verbrannt wird, aber auch mehr Müllverbrennung, was im Plan vorgesehen ist. Das würde die Kreislaufwirtschaft torpedieren. Schließlich ist – das Hauptthema heute – eine immense Menge an Holzbiomasse eingeplant. Wir haben die Zahlen schon gehört, von heute 1 Prozent der Wärme im BEW-Fernwärmenetz sollen künftig 15 bis 17 Prozent aus der Holzverbrennung kommen. Ganz einfach gerechnet 17-mal die heute verbrannten 100 000 Tonnen Holz wären bereits in sechs Jahren, also im Jahr 2030, bis zu 1,6 Millionen Tonnen Holz, wenn man den einfachen Dreisatz nimmt. Die BEW oder Vattenfall haben von niedrigeren Zahlen gesprochen, was darauf hindeuten könnte, dass von diesem 17-Prozent-Anteil bereits Abstand genommen wurde. Die beiden geplanten Holzheizkraftwerke in Reuter West und in Klingenberg plus das bereits schon bestehende Heizkraftwerk Märkisches Viertel würden schon 2030 etwa mindestens 800 000 Tonnen naturbelassenes Holz oder etwas weniger Altholz benötigen. Einfach mal zum Vergleich: Das entspricht etwa der Hälfte der gesamten brandenburgischen Jahresernte an Holz – es ist immer noch eine irrsinnige Menge –, und das ist der gesamte Einschlag inklusive allem Sägeholz und so weiter. Dazu kommt dann noch das von der BSR geplante Altholzkraftwerk, und das bestehende Holzheizkraftwerk von Innogy in Neukölln soll ja sicher auch weiter betrieben werden.

Wie wir gerade eben schon von Professor Lucht gehört haben: Mit solchen Mengen Holz erreicht man keine Dekarbonisierung, und das ist vor allem auch kein Klimaschutz. Die Verbrennung von Holz setzt große Mengen CO_2 frei – das haben wir ja gerade alles schon gehört –, und insofern ist unser Plädoyer, unsere Sicht, dass mit der Umstellung von Kohle und Gas auf Holzverbrennung der Klimaschutz nur auf dem Papier stattfinden würde. Es würde viel Geld in diese neuen Holzheizkraftwerke und damit in eine absolute Scheinlösung investiert werden. Dieses Geld steht dann halt nicht mehr für die wirklich klimafreundlichen Alternativen der Wärmeversorgung zur Verfügung. Wie wir auch schon gehört haben, ein paar wurden schon genannt, gibt es diese Alternativen, aber anders als bisher muss man halt weg von dem Gedanken, dass zentrale Kraftwerke mit hohen Temperaturen in das Fernwärmenetz

einspeisen, sondern es wird in Zukunft so sein, dass viele Wärmequellen angezapft werden und das Wasser mit Großwärmepumpen auf entsprechende Temperaturen gebracht wird.

Berlin hat eine Reihe von Wärmequellen, die da infrage kommen: Abwärme von Rechenzentren, Wärme aus Kläranlagen, aus U-Bahn-Schächten und vor allem natürlich die Geothermie im Untergrund, aber auch zum Beispiel aus der Umgebungsluft. Die neueste Technologie hält auch da etwas bereit. Für Helsinki – also doch im hohen Norden – wird gerade eine 30 Megawatt Luft-Wasser-Großwärmepumpe gebaut, die bis -20 Grad Celsius effizient arbeitet. Es gibt eine Reihe von Lösungen, die wir da haben. Für die Absicherung der Spitzenlast kann dann zum Beispiel auch Wasserstoff eine begrenzte Rolle einnehmen. Die Lösungen sind da. Für uns ist halt besonders wichtig zu sagen, dass dann aber auch Geld und Planungskapazitäten gleich in diese klimafreundlichen Lösungen investiert werden müssen und nicht in diese teure Scheinlösung neue Holzheizkraftwerke, die dann am Ende nicht zu Klimaschutz führen, weil real die CO_2-Emissionen doch noch da sind.

Aktuell wird in Berlin bereits zu drei Viertel Waldholz, also Holz, das wirklich aus dem Wald kommt, im Holzheizkraftwerk Märkisches Viertel, und was besonders schlimm und ineffizient ist, im Steinkohlekraftwerk Moabit mitverbrannt. Was auch ganz wichtig ist: Es wird dann immer auf die Nachhaltigkeitsvereinbarung verwiesen, die mit Vattenfall bestanden hat, die auch weiter bestehen soll. Diese ist aber absolut unzureichend, schon alleine weil diese CO_2-Emissionen, also die Klimabelastung darin gar keine Rolle spielen, aber zum Beispiel auch, weil die Vereinbarung vorgibt, dass die Kohlenstoffbestände und -senken in den Wäldern, wo das Holz herkommt, gleichbleiben oder sogar verbessert werden sollen. In der Vereinbarung steht aber gar nicht, wie das garantiert oder gar überprüft werden soll.

Es ist nun mal Fakt, dass in Deutschland und in vielen europäischen Ländern, wo das Holz auch herkommen könnte, der Wald immer weniger CO_2 bindet. Es gibt auch verbindliche Klimaschutzziele im Bundesklimaschutzgesetz für den Landnutzungssektor in Deutschland, die ganz klar nur erreicht werden können, wenn politisch entschieden gegengesteuert wird und in Zukunft deutlich weniger Holz aus dem Wald entnommen wird. Die energetische Nutzung hat einen immensen Einfluss auf diese Senke und auch auf den Druck, der auf den Wald entsteht. Die Umweltsenatsverwaltung hat bereits bekannt, dass unsere Wälder eine Verschnaufpause brauchen, und hat für die Berliner Wälder ein Einschlagsmoratorium verkündet. Es wäre schon sehr perfide, wenn man für die eigenen Wälder quasi schon eingesehen hat, dass weniger Holz entnommen werden muss, aber dann doch die Verbrennung von so großen Holzmengen in der Stadt eingeplant wird.

Auch Altholz, also schon bereits gebrauchtes Holz, ist keine Lösung. Dazu hören wir gleich vom Kollegen vom BUND noch mehr. – Was ich auch noch sagen wollte: Die von Vattenfall ja oft in den Vordergrund gestellten Kurzumtriebsplantagen werden nicht mehr als wenige Prozent der verplanten Holzmenge beitragen können, das ist ganz klar. Die werden nur wenige Prozent dieser Menge bereitstellen können. Da geht es immer viel um Greenwashing, wenn die so in den Vordergrund gestellt werden.

Was wir sehen, worüber ich im Bundesverband des NABU in Deutschland den Überblick habe, ist, dass solche Pläne wie in Berlin in so vielen Städten und bei so vielen Unternehmen existieren. Wir sehen das an unzähligen Orten, wo jetzt Kohle und Gas durch Holz ersetzt werden sollen: in Hamburg, wo sogar ein Kohlekraftwerk auf importierte Holzpellets umgerüstet werden soll, in Hannover, in Nürnberg, wo Altholz verbrannt werden soll, in vielen kleineren Kommunen und auch von Unternehmen wie BMW zum Beispiel. Dieser Plan wird einfach nicht aufgehen, wenn jetzt alle von Kohle und Gas auf Holz umswitchen, denn es ist einfach viel zu viel Holz eingeplant. Das schadet natürlich dem Wald, dem Ökosystem als Kohlenstoffspeicher, als Ökosystem und auch dem Klima. Außerdem – es wurde auch über Preisstabilität gesprochen –, ist absehbar, dass Holz immer teurer wird, wenn es so knapp, so stark nachgefragt ist. – Ich komme auch gleich zum Ende!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Frau Kruse! Sie sind bei fast 8 Minuten.

Michaela Kruse (NABU): Entschuldigung! – Aus unserer Sicht sollten die Planungen für die neuen Holzkraftwerke auf jeden Fall sofort gestoppt, alle Mittel und Ressourcen für die Alternativen eingesetzt werden und diese klimaschädlichen Lock-ins auf jeden Fall verhindert werden. – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke schön! – Sie werden die Möglichkeit haben, die Fragen der Ausschussmitglieder zu beantworten beziehungsweise darauf einzugehen. – Als Nächster ist Herr Quast-Malur an der Reihe. – Bitte!

Tobias Quast-Malur (BUND): Vielen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und liebe Abgeordnete! Vielen Dank für die Gelegenheit, für mich und den BUND hier sprechen zu dürfen! Ich freue mich, dass Herr Prof. Dr. Lucht und Frau Kruse schon viele Punkte genannt haben, die wir so teilen können, sodass ich mich spezifisch noch einmal aus der abfallressourcenpolitischen Fachsicht einem Thema widmen kann, das in der Fernwärmediskussion auch immer wieder eine Rolle spielt, nämlich dem Thema Altholz. Es ist schon ein-, zweimal angeklungen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Worum geht es beim Thema Altholz? – Es geht um Abfälle aus der Holzbe- oder -verarbeitung und von gebrauchten Produkten mit überwiegendem Holzanteil, also noch mal ganz klar: nichts aus dem Wald, was nicht direkt aus dem Wald kommt.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Natürlich kommt das gesamte Holz ursprünglich aus dem Wald, aber es geht hier erst mal um die Abfälle. Von diesen Abfällen sind etwa 90 Prozent des Altholzes in Deutschland nicht

oder nur gering schadstoffbelastet und daher grundsätzlich gut recyclingfähig. Auch die rechtliche und politische Lage ist eigentlich sehr positiv für ein Recycling von Altholz. Die Ihnen wahrscheinlich bekannte Abfallhierarchie sagt ganz klar, dass Vermeidung und Wiederverwendung und Recycling Vorrang haben sollten, auch vor der sonstigen Verwertung, worunter auch häufig diskutierte energetische Verwertung fällt. Auch in der Berliner Zero-Waste-Strategie im Abfallwirtschaftskonzept heißt es, dass das der energetischen Verwertung zuzuführende Abfallaufkommen gesenkt werden soll. Das gilt auch für Altholz. Was sind die Vorteile für Umwelt und Klima, wenn ich wiederverwende und recycle? – Ich nutze das Holz einfach effizienter und spare mir Frischholz in verschiedenen Produkten ein, und ich habe das CO_2 in diesen Produkten und Anwendungen länger gespeichert.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wie sieht aber die Realität in Deutschland aus? – Wir verbrennen 75 Prozent des Holzes und nur 25 Prozent des Altholzes gehen ins Recycling. In Berlin liegen wir mit 19 Prozent sogar noch darunter. Andere Länder zeigen, dass das völlig anders aussehen kann. Italien ist da der Spitzenreiter mit über 80 Prozent Recycling.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Was könnten wir in Berlin da besser machen? – Die Wiederverwendung durch Gebrauchtwarenannahmen auf allen Recyclinghöfen, bei allen Kieztagen und auch sonst bei den anderen Sammlungen stärken. Bisher haben wir das auf 3 – Frau Otto hat, glaube ich, in der Presse 4 gesagt – von 14 Recyclinghöfen. Da ist noch Luft nach oben. Auf den anderen Recyclinghöfen kann man im Moment leider keine Dinge zur Weiterverwendung abgeben. Dann wäre es für das Recycling wichtig, wirklich die neueste Recyclingtechnik einzusetzen. Wir haben hier in Berlin schon im großtechnischen Maßstab diese Technik vorhanden. Eine Pilotsortieranlage in Spandau zeigt, dass da wesentlich mehr geht.

Es gilt außerdem, wissenschaftliche Erkenntnisse zu nutzen, auch hier in der Region vorhanden, den Austausch unter anderem mit der Hochschule Eberswalde zu suchen. Die forscht auch am Recycling von stärker schadstoffbelastetem Holz, wo es eigentlich schwieriger ist, A-III- und A-IV-Altholz. Auch da gibt es Potenziale.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Was heißt das in Zahlen, die Planungen und wie das aussieht? – 111 000 Tonnen Altholz haben wir in Berlin zur Verfügung. Wir sagen, wenn man die Wiederverwendungs- und Recyclingpotenziale, wie eben beschrieben, ausnutzen würde, blieben davon eigentlich nur noch 34 000 Tonnen übrig. In der linken Spalte sehen Sie die aktuelle Situation, in der rechten Spalte die zukünftige inklusive der Planungen.

Warum verändert sich nichts in der Altholzmenge? – Das sagen auch die Prognosen so, zum Beispiel geht die Biomassepotenzialstudie des Senats nicht von einem starken Anstieg aus. Die Zahlen der letzten Jahre zeigen bis auf einen Coronapeak trotz Bevölkerungswachstums keinen Anstieg des Altholzes.

Was ist auf der anderen Seite zur Verbrennung geplant? – Wir haben schon das Holzheizkraftwerk in Neukölln-Rudow, und zusätzlich geplant – ist schon kurz genannt worden –, sind Reuter West, Klingenberg und Gradestraße. Die Zahlenrange, die hier genannt ist, ergibt sich daraus, dass immer die Frage ist, ob das Holz nur in der Wintersaison verheizt werden soll oder ganzjährig 24 Stunden durchgängig. Daraus ergibt sich eine hohe Summe an eingeplantem Altholz zur Verbrennung von 450 000 Tonnen bis circa 1,1 Millionen Tonnen im Jahr. Da eben sehr wenig Altholz zur Verfügung steht – selbst wenn wir Recycling oder Wiederverwendung gar nicht beachten würden, ist es deutlich –, heißt das, dass wir Altholz im massiven Umfang nach Berlin importieren müssten, 338 000 bis über 1 Million Tonnen im Jahr. Es ist auch schon klar, dass das nicht aus der Region kommen wird, weil auch in Brandenburg große Altholzverbrennungskapazitäten bestehen, 580 000 Tonnen im Jahr werden auch dort schon verbrannt. Es ist klar, dass das von weiter weg kommen muss.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Was sind unsere Schlussfolgerungen und Forderungen daraus? – Die Kapazitäten und Planungen zur Verbrennung von Altholz in Berlin übersteigen das Angebot um das Vielfache. Das heißt, dass wir ganz intensiven Konkurrenzdruck haben und den noch steigern und damit Wiederverwendung und Recycling verhindern. Wir werden massive Müll-/Altholzimporte nach Berlin über weite Transportentfernungen hinaus bekommen. Unsere Forderung ist deshalb: Klima- und Ressourcenschutz statt Verbrennung! Stopp von Planungen und Ausbau zur Verbrennung von Altholz, stattdessen Stärkung der Wiederverwendung und Recycling, und eben nicht diese massiven Müllimporte nach Berlin. Da möchte ich noch hinzufügen, dass wir in der Vergangenheit hier auch häufig diskutiert haben, wenn es um Abfall ging, wenn Mengenabfall über die Stadtgrenze zum Beispiel nach Rüdersdorf oder – jetzt auch ein Fall – Altholz nach Königs Wusterhausen gegangen sind, also relativ wenige Kilometer, und es hier viele kritische Stimmen dazu in der Diskussion gab und wir jetzt gleichzeitig anscheinend mit massiven Müllimporten, also Altholzimporten nach Berlin in ganz anderen Dimensionen planen. Das steht in keinem Verhältnis zueinander. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke schön, Herr Quast-Malur! – Als Nächster ist Herr Voß an der Reihe.

Marko Voß (BEW): Vielen Dank, Herr Vorsitzender Altuğ! – Vielen Dank für die Einladung! Ich freue mich sehr, dass ich Ihnen kurz den Weg, den wir bis jetzt beschritten haben, und den aktuellen Stand der Planungen kurz darlegen darf. Kurz zu meiner Person: Mein Name ist Marko Voß, ich bin bei der Wärme Berlin seit einigen Jahren tätig und für die Entwicklung des Anlagenparks zuständig, seit dem 1. Mai 2024, seit die BEW in die Stadt überführt ist, für den Bereich strategisches Asset-Management zuständig und kenne auch ganz gut die Entwicklung bis hierher. In dieser Rolle verantworte ich den Dekarbonisierungsfahrplan der Unternehmung, der Ihnen bekannt ist und letzten Sommer veröffentlicht wurde. Der fußt auf einem Mix, auf den ich gleich eingehen werde, der Nutzung der Ressourcen, die in dieser Stadt zur Verfügung stehen, um die Transformation erfolgreich schaffen zu können.

Er basiert auf den Rahmenbedingungen des Berliner Energie- und Klimaschutzgesetzes und fasst das komplette Fernwärmegeschäft der BEW dort zusammen und zeigt die Transformation auf. Wir richten die Transformation an sich an dem energiewirtschaftlichen Dreieck aus, was auch allen klar und bewusst sein muss, also in Richtung Wirtschaftlichkeit, Bezahlbar-

keit, in Richtung Nachhaltigkeit und auch Versorgungssicherheit. Darauf legen wir Wert, dass wir diese drei Elemente ausgewogen zur Anwendung bringen können.

Darüber hinaus haben wir Transformationspläne für das Fernwärmenetz der BEW verfasst, und diese sind Voraussetzung für die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze nach dem Bundesförderprogramm. Dies haben wir für das größte Fernwärmenetz, das wir betreiben, das sogenannte Verbundnetz, was 96 Prozent des Wärmeabsatzes der Stadt in der Fernwärme ausmacht, erfolgreich getan. Wir haben im Frühjahr, im April, einen Zuwendungsbescheid bekommen, weil wir erfolgreich diesen Plan aufgestellt und eingereicht haben, Anerkennung finden konnten und daraufhin auch Fördermittel vom Bund für die nächsten vier Jahre für die Umsetzung dieser Strategie daraus bekommen werden.

Wie sind wir zu diesem Fahrplan gekommen? – Ich möchte Sie kurz mitnehmen, wie wir den erstellt haben, und wo wir heute stehen. 2017 begann unsere Überlegung zur Dekarbonisierung und dem kompletten Ausstiegs aus der Kohlenutzung bei der Wärme Berlin, und die haben wir Schritt für Schritt und kontinuierlich vorangetrieben. Damals schauten wir auf die verbliebenen drei großen Kohlekraftwerke, zwei Blöcke in Spandau und ein Block in Moabit, wie man die eigentlich effizient ersetzen und dort einen möglichst hohen schon klimafreundlichen Wärmeanteil realisieren kann. Diese Studie ist mit der Vattenfall Wärme Berlin und der Stadt Berlin beim Ingenieurbüro BET in Auftrag gegeben worden. Dort haben wir Lösungen erarbeitet und aufgezeigt, die auch in 2019 veröffentlicht wurden und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt worden sind. Diese Lösungen fußen schon auf einem Energieträgermix. Wir haben dort auch aufgezeigt, dass wir Abwärmequellen nutzbar machen können, insbesondere aus der Abwassernutzung, wir haben dort auch schon eine Biomasseanlage aufgezeigt und hybride Gas-KWK-Anlagen, das heißt eine KWK-Anlage, die Wasserstoff-ready ist, kombiniert mit einer Power-to-Heat-Anlage, was eine sehr schlaue Kombination ist, um diese Anlage am Strommarkt effizient einsetzen zu können.

In den Folgejahren haben wir darauf aufbauend dieses Portfolio stetig weiterentwickelt. Das war sehr lokal auf das Fernwärmenetz im Nordwesten der Stadt ausgerichtet, und daraufhin haben wir das komplette Fernwärmesystem der ganzen Stadt uns angeschaut und haben gesagt: So, jetzt reicht uns nicht nur diese lokale Untersuchung, wir müssen diese Pläne auf die komplette Stadt, auf die komplette Fernwärme in der Stadt ausdehnen. – Das haben wir in den Jahren mit einem sogenannten Masterplan getan. Der war die Grundlage für den Dekarbonisierungsfahrplan, der Ihnen bekannt ist, und der zeigt den Weg auf, wie wir den Kohleausstieg erfolgreich vornehmen und gleichzeitig die Versorgungssicherheit für unsere Fernwärmekunden sicherstellen können.

Wie wollen wir das bis 2030 tun? – Der Weg und die Strategie zur Erreichung des Anteils, nämlich 40 Prozent klimaneutraler Wärmequote in 2030 zu erreichen, ist eine Riesenherausforderung. Wir haben nämlich heute 5 bis 6 Prozent klimafreundlicher Wärme im Fernwärmenetz und müssen diese auf diese sogenannten 40 Prozent klimaneutraler Wärme stark steigern. Das wollen wir mit dem Einsatz von Großwärmepumpen tun. Die Großwärmepumpen sollen Abwärme aus Abwasser und aus Datacentern nutzen. Wir wollen die mithilfe einer hybriden Gas-KWK-Anlage nutzen, die auch Wasserstoff-ready sein soll, die auch am Strommarkt zum Teil partizipiert. Insgesamt geht allerdings der Stromanteil in unserem Portfolio runter. Wir werden also weniger Strom erzeugen als in der Vergangenheit, weil wir dort auch die Marktentwicklung sehr genau beobachten und glauben, dass nur die reine KWK-

Lösung nicht die Lösung der Zukunft sein wird. Wir werden dafür Power-to-Heat-Anlagen planen, die in Kombination diese hybride Lösung darstellt, und planen, wie schon angesprochen, die zwei Biomasseanlagen, Biomasse-KWK-Anlagen, in Klingenberg und in Reuter West. Wir haben also zwei Festbrennstoffstandorte in der Stadt, wo wir, wenn die Kohle stillgelegt ist, sehr wohl auch feste Brennstoffe wie die Biomasse nutzen können.

Warum setzen wir auf Biomasse? – Biomasse dient aus unserer Sicht als ein lager- und speicherfähiger Brennstoff zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit in der Stadt und ist deshalb aus unserer Sicht ein elementarer, wenn auch relativ kleiner Anteil im gesamten Portfolio. Wir halten hier die Förderbedingungen nach BEW, dem Bundesförderprogramm Effiziente Wärmenetze, ein. Wir wollen nämlich nicht mehr als zu 15 Prozent, vielleicht 16, 17 Prozent, aber Ziel sind 15 Prozent, daraus klimaneutrale Wärme machen. Darüber hinaus haben wir das hehre Ziel, die 40 Prozent klimaneutraler Wärme in 2030 erreichen zu wollen. Das ergibt einen Zielkonflikt, den wir zu einem gewissen Anteil mit Biomasse nutzen wollen.

Das ist auch schon angeklungen: Aus unserer Sicht ist die Nachhaltigkeit gegeben, weil wir uns an diese sehr strenge Nachhaltigkeitsvereinbarung mit dem Land Berlin halten, die damals von der Senatorin selbst stellvertretend für das Land verhandelt wurde, die 2021 aktualisiert jetzt noch bis 2030 gilt. Das ist aus meiner Sicht eine gute Basis, hier dafür zu sorgen, dass es sich um nachhaltige Biomasse handelt.

Welche Stoffströme wollen wir dafür nutzen? – Wir wollen tatsächlich Altholz nutzen, Landschaftspflegematerial und die Mengen aus den selbst initiierten Kurzumtriebsplantagen. Aber natürlich es auch richtig, was Frau Kruse sagte: Wir werden daraus nicht 100 Prozent des Biomasseanteils nutzen können, weil das ein kleiner Anteil sein soll, mit dem wir die Biomassenutzung und die Biomassebereitstellung absichern. Das wird ungefähr bis zu 10 Prozent ausmachen. – Vielen Dank! Ich freue mich auf Ihre weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Herr Voß! – Dann haben wir jetzt unsere Anzuhörenden angehört. Ich würde jetzt das Wort an Herrn Staatssekretär Fischer erteilen, obwohl wir eigentlich mit der Aussprache anfangen sollten. Weil die Senatsverwaltung mit einer landeseigenen Firma, der BSR, vertreten ist, wie ich vorhin angekündigt habe, erteile ich das Wort an Herrn Staatssekretär Fischer, und über ihn wird das an Herrn Witt weitergegeben. So ist das formal. – Bitte!

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Das würde ich dann direkt tun und würde Herrn Witt bitten, noch ein paar Ausführungen zur Biomassenutzung bei der BSR zu machen.

Markus Witt (BSR): Das mache ich natürlich gerne! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Als landeseigenes Unternehmen und BSR sind wir natürlich auch gerne bereit, hier in der Anhörung dabei zu sein und zur Klärung der einen oder anderen Sachfrage beizutragen. Herr Taschner hat es in seiner Einführung auch genannt: Wir haben am Standort Gradestraße Projekte vor, und da sind wir in einem Planungsstand, und da wollen wir sicherlich zu einem späteren Zeitpunkt tiefer einsteigen, aber ich habe auch zwei, drei Folien vorbereitet, um das, was hier zum Thema Altholz bisher angesprochen wurde, und zwar am Standort Gradestraße, noch einmal zu untersetzen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Als BSR ist uns natürlich klar, dass unser Kerngeschäft Stadtsauberkeit und auch nachhaltige Kreislaufwirtschaft ist. Natürlich wollen wir, wie wahrscheinlich kein anderes Unternehmen in dieser Stadt, unsere Verantwortung wahrnehmen, Berlin hin zur Zero-Waste-Stadt zu entwickeln. Da wollen wir natürlich einen aktiven Part spielen. Ich glaube auch, dass wir da sehr aktiv sind und das auch an vielen Aktionen und vielen Dingen, die wir in der Stadt machen, eben auch an den Recyclinghöfen, die wir in der Stadt betreiben, sichtbar ist. Reuse ist das Stichwort, Wiederverwendung, das sind alles Dinge, für die die BSR steht.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Insofern kann ich als BSR-Vertreter auch sehr gut mit der einen oder anderen Folie, auch von Herrn Quast-Malur, sehr gut leben, denn die Abfallhierarchie ist etwas, was wir als BSR extrem ernst nehmen. Natürlich beginnt das alles mit der Wiederverwendung und dann auch mit der stofflichen Verwertung, das ist vollkommen klar. Das ist auch das, was für uns Kreislaufwirtschaft ausmacht. Ein Standort, an dem wir das auch leben und auch seit Jahren in diesen Standort reininvestieren, ist eben der Standort Gradestraße im Bezirk Neukölln, wo wir über die letzten Jahre einen hochmodernen Recyclinghof entwickelt haben und da genau das tun, nämlich den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt die Möglichkeit geben, hier sehr sortenrein ihren Sperrabfall, aber auch Elektroschrott et cetera abzugeben, oder auch Dinge, die noch gut sind, in die Wiederverwendung zu geben, um das auch in unserer NochMall den Bürgerinnen und Bürgern wieder anzubieten. Wir entwickeln diesen Standort zum Kreislaufwirtschaftsstandort. Ich nehme auch das gerne auf, was gesagt wurde.

Wir wollen die stoffliche Verwertung als BSR stärken, denn heute verlässt eigentlich viel zu viel Stoffstrom, und damit meine ich Sperrmüll und auch Altholz, unbehandelt, unsortiert und ohne in die stoffliche Verwertung zu gelangen das Land Berlin und verlässt damit die Stadt. Das wollen wir als BSR ändern. Wir sind im Abschluss der Vorplanung. Wir wollen massiv am Standort in eine neue Recyclinghalle investieren, um dort mit hochmoderner Technik den Stoffstrom Sperrmüll und den Stoffstrom Altholz, der uns zum Beispiel auf unseren Recyclinghöfen angedient wird, zu sortieren, um dann die jeweiligen Fraktionen, die da entstehen – Metalle, Eisen, Nichteisenmetalle, Kunststoff, das kann Folie sein, das kann harter Kunststoff sein, Sitzschalen zum Beispiel – und eben Holz in einer eigenen Sortieranlage in dieser Halle zu sortieren, um A-I- und A-II-Holz, auch das ist angesprochen worden, nicht einfach nur in die Verbrennung zu geben, sondern in die stoffliche Verwertung. Wir glauben, dass wir mit dieser hochmodernen Technik als BSR in der Recyclingquote wirklich einen Quantensprung machen können. Wir glauben, dass wir bezogen auf den Stoffstromoutput quasi viermal mehr aussortieren und recyclingfähig machen können als das, was wir heute schaffen.

Wenn man das tut, dann – bei aller Sortiertechnik, und wir glauben, dass wir mindestens ein Drittel dessen, was wir an Stoffstrom reinbekommen, so sortieren können, dass die Sortierquote am Ende ungefähr ein Drittel plus betragen wird – muss man auch feststellen, dass bei allem Aufwand, den wir treiben, am Ende ein Rest übrig bleiben wird, ein stofflich nicht nutzbarer Rest aus dem Sperrabfall und aus dem Altholz. Herr Quast-Malur, bei Ihren Zahlen, Sie sprachen von 110 000 Tonnen. Die BSR verfügt ungefähr über 60 000 Tonnen Sperrabfall und ungefähr 60 000 Tonnen Altholz und bei Ihnen stand 50 000 Tonnen für die Bioenergieanlage an der Gradestraße. Das sehen wir nicht. Wir werden da mit einer deutlich niedrigeren

Zahl an Altholz in diese Anlage reingehen, weil wir eben eine hohe Sortierquote haben werden und ein hoher Anteil in die stoffliche Verwertung gehen wird. Die Bioenergieanlage allerdings, die wir auch auf dem Standort planen, und zwar in Kombination mit der Recyclinghalle, soll dann diesen Rest, der in der Recyclinghalle übrig bleibt, zu CO_2-armer Fernwärme und CO_2-armen KWK-Strom verarbeiten, das wir dann dem naheliegenden Fernwärmenetz, also Fernheizwerk Neukölln, zur Verfügung stellen wollen. Das ist zwar keine Kreislaufwirtschaft im engeren Sinne, im Sinne der stofflichen Verwertung, aber es ist aus unserer Sicht allemal besser, den verbleibenden Rest nicht aus Berlin heraus in Anlagen in Brandenburg verbrennen zu lassen und dort die entstehende unvermeidbare Abwärme nicht zu nutzen. Das sagt uns auch das Energiewendegesetz hier in Berlin, das sagt uns das Abfallwirtschaftskonzept – AWK –, das für uns hier in Berlin Leitlinie ist. Das hatten Sie zitiert, Herr Quast-Malur. Im AWK steht eben, dass das, was verbleibt, auch der thermischen Verwertung zugeführt werden soll. Wir glauben, dass es besser ist, das in Berlin zu tun und Berlinerinnern und Berliner in Neukölln eine CO_2-arme Fernwärme zur Verfügung stellen zu können. – Das einmal im kurzen Galopp von unserer Seite zum Standort Gradestraße und zum Thema Altholznutzung bei der BSR! Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke an den Senat! – Herr Staatssekretär Fischer, wollen Sie etwas hinzufügen? – [Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe): Ich schlage vor, dass wir erst in die Runde gehen!] – Dann machen wir es so. Ich habe eine Redeliste: Herr Dr. Taschner, Frau Vierecke, Herr Hansel, Herr Freymark und Frau Schneider. Wir fangen an. – Herr Dr. Taschner, Sie haben das Wort!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank von mir und meiner Fraktion an alle Anzuhörenden! Sehr spannende Erkenntnisse, die wir da gewonnen haben! Vielen Dank insbesondere an Herrn Lucht! Es ist immer gut, aus der Wissenschaft, so ein bisschen aus der neutralen Sicht, Dinge geschildert zu bekommen, deswegen fange ich mit Ihnen auch gleich an: Sie haben von dieser Buchhaltung gesprochen, wo das CO_2 verbucht wird und dass deswegen das CO_2 bei uns immer mit 0 Gramm CO_2 auftaucht. Wie hoch ist denn dieser andere Buchwert im Bereich Landnutzungsänderung für Holz? Was wird denn da angesetzt, und wo kommt vor allem der Transport hin? Sie haben das Beispiel aus Großbritannien genannt, ich glaube, dass das eines von vielen Beispielen ist. Da denke ich mir auch irgendwie, wenn ich das von A nach B verschiffe, gerade aus den Vereinigten Staaten, ist das mit den Schiffen auch nicht die CO_2-neutralste Transportmethode.

Die Frage zum Thema Kurzumtriebsplantagen – KUP –. Die KUPs wurden jetzt schon ein paarmal von unterschiedlichen Leuten angesprochen. Wie sehen Sie die KUPs in diesem Zusammenhang? Ist das etwas – Sie sprachen immer davon, dass im kleinen Maßstab Biomasse vertretbar ist –? Da bin ich bei den KUPs. Wie bewerten Sie die auch beim Thema Altholz, was gerade zum Schluss Thema war? Gibt es irgendwelche Szenarien für den Holzbedarf, wenn ich mal die Kraftwerksplanungen in Deutschland auflisten würde, und sage: So und so viele wollen jetzt plötzlich auf Biomasse umsteigen –? Gibt es irgendwo in der Wissenschaft eine Berechnung oder eine Studie, die einfach mal sagt: Okay, wenn das alles durchgeführt wird, bräuchten wir im Jahr so und so viel Tonnen Holz –, ob Altholz, Restholz, Pellets, wie auch immer? Wie lässt sich das dann wirklich nachhaltig abdecken?

Frau Kruse! Die Nachhaltigkeitsvereinbarung mit dem Land Berlin zwischen damals Vattenfall und dem Senat war auch schon mehrmals Thema. Herr Voß sprach von den hohen Nach-

haltigkeitsanforderungen. Ich habe mir die natürlich auch mal durchgelesen. So richtig klare Kennzahlen habe ich nicht rausgenommen. Gibt es denn für Biomasse wirklich etwas, wo man sagen könnte, hier ist es wirklich nachhaltig?

Auch an Sie die Frage zu den KUPs: Wie ist es aus Sicht des NABU, auch aus ökologischer Sicht? Sind das wirklich Plantagen, muss ich mir das wie ein Maisfeld vorstellen, oder haben die irgendwie einen halbwegs ökologischen Nutzen und sind deswegen in gewissem Maße sicherlich vertretbar? Wir haben die Mengen gehört, es ist doch nur ein kleiner Prozentteil.

Herr Quast-Malur! Noch einmal zu dem Altholz: Sie sprachen immer von A-I- und A-II-Holz, dass die super recyclingfähig sind. Was ist denn mit Altholz jenseits dieser Klasse I und II – es gibt noch III und IV –? Ist das etwas, wo man aus Ihrer Sicht sagt: Kann man thermisch verwerten –, oder sollten die irgendwie zur CO_2-Speicherung anders genutzt werden?

Herr Voß! Schön, dass Sie für die Berliner Energie und Wärme weiterhin tätig sind! Davon können wir sicherlich nur profitieren. Ich erhoffe mir aber auch ein bisschen mehr Transparenz, muss ich sagen, zum Beispiel beim Thema, wo die Biomasse herkommt. Ich weiß, dass es nachhaltig sein soll, sie soll regional sein. Bei den Zahlen – Sie sagen immer etwas von 500 000 Tonnen; wenn ich den Scoping-Termin von Reuter West anschaue und das hochrechne, komme ich auf ein bisschen mehr – ist die Frage erst mal schon: Was bedeutet regional? Wo kommt diese Biomasse wirklich her? Ich habe das verstanden, dass Sie sich als Vattenfall Wärme bedeckter gegeben haben, aber ich finde, jetzt als landeseigenes Unternehmen sollte man das schon auf den Tisch legen. Können Sie ausschließen, dass Sie das in den Mengen, die Sie annehmen, wirklich ohne Importe hinbekommen? Ist das wirklich regionales Holz, dass Sie sagen können, ja, diese von Ihnen genannten 500 000 Tonnen kommen wirklich?

Wie sieht die Kraftwerksplanung genau aus? Sie wollen Reuter West, da gab es schon den Scoping-Termin. Was sind die nächsten Planungsschritte? Wann soll es konkret werden? Wann ist damit zu rechnen, dass die Planungen für Klingenberg losgehen, und wie groß sind sie? Ich meinte mal, dass Klingenberg doppelt so groß werden soll, wie Reuter West. Vielleicht können Sie uns eine grobe Einschätzung dazu geben. Wann werden Moabit und Märkisches Viertel abgeschaltet? So habe ich das immer verstanden, dass Klingenberg und Reuter West diese beiden alten Kraftwerke im Bereich Biomasse ersatzlos ersetzen sollen.

Ich komme zum Senat, und ich nehme an, dass ich Herrn Witt offiziell über den Senat frage, aber erst mal direkt an den Senat: Herr Fischer! Sie sprachen davon, dass Sie sich den Dekarbonisierungsfahrplan noch mal anschauen, überarbeiten wollen. Alles gut! Das haben wir schon gehört und begrüßen es natürlich. Aber jetzt habe ich auf der einen Seite schon Kraftwerksplanungen, die bei der BEW, von Vattenfall angefangen, loslaufen. Wie können wir die Gefahr verhindern, dass Sie am Ende des Jahres sagen: Wir haben uns den Dekarbonisierungsfahrplan eigentlich anders vorgestellt, aber, tut mir leid, die Kraftwerksplanungen von der BEW beziehungsweise Biomasse sind jetzt schon so weit fortgeschritten, da kommen wir gar nicht mehr raus. – Wie kriegen wir das zusammen?

Wie schaut es eigentlich mit dem Fernwärmenetz Neukölln aus? Ich habe gesagt, 80 Prozent halten mittlerweile das Land Berlin. Der Dekarbonisierungsfahrplan sieht auch für die Gradestraße viel Biomasse vor – das hat Herr Witt auch gesagt –, ohne zu wissen, welche Wärmemenge wir eigentlich da rauskriegen. Ist im Senat auch geplant, sich diesen Dekarbonisierungsfahrplan noch mal anzuschauen, zu überarbeiten und da ranzugehen?

Dann noch mehr oder weniger kurz an den Senat und damit aber durchaus an Herrn Witt: Wann liegen die Zahlen vor? Wie viel Biomasse soll an der Gradestraße verfeuert werden? Was kommt hinten an Wärme raus? Soll das gesamte Altholz Berlins in die Gradestraße transportiert werden, um dort sortiert zu werden? Hier noch mal ganz klar: Wir unterstützen diese Recyclinghalle. Das ist ein wichtiger Baustein für uns, aber es stellt sich die Frage, wie ich letztendlich alles herankarre, denn dabei entstehen auch CO_2-Emissionen. Ich meine, es liegt in der Nähe der Gradestraße sogar noch eine alte Bahnlinie herum. Sind da irgendwelche Sachen, die man sich schon vorstellen kann? – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Dr. Taschner! – Frau Vierecke, bitte!

Linda Vierecke (SPD): Vielen Dank! – Vielen Dank an die Anzuhörenden und auch an die BSR für die Erläuterungen! Das ist ein Thema, wo wir auf jeden Fall viel Transparenz brauchen und eines, das die Stadt bewegt. Ich glaube aber, dass wir alle ein leichtes Schaudern haben, wenn wir uns überlegen, dass wir vielleicht fossile Brennstoffe mit Holz aus dem Wald ersetzen oder mit Plantagen, was immer es ist. Ich glaube, da müssen wir Transparenz herstellen und uns fragen, in welche Richtung wir gehen. Deswegen ist es gut, dass wir hier Transparenz herstellen.

Ich hätte zunächst mehrere Fragen an die BEW. Herr Voß, schön, dass Sie da sind. Die Planung war eben schon Thema, das hatte Herr Taschner schon gesagt. Das wäre wichtig zu wissen. Was wir jetzt planen, setzt die Grundlage dafür, wie wir dann mit gewissen Rohstoffen umgehen. Deswegen begrüße ich das. Wird der neue Dekarbonisierungsfahrplan einen geringeren Anteil Biomasse enthalten? Es wäre die konkrete Frage, ob wir von den momentan 15 Prozent bis 17 Prozent runtergehen, oder ob das erst mal so bleibt. Klar ist, dass wir eine gesetzliche Verpflichtung haben, die 40 Prozent erneuerbare Energien zu erhalten. Welches weitere Potenzial könnte diese Biomassequoten verringern? Ich denke jetzt an die Geothermie, wo wir noch nichts wissen. Was erwarten Sie davon, und welche weiteren Quellen sind wichtig?

An die BSR und vielleicht auch an Herrn Quast-Malur: Das Thema Altholzrecyclingquote ist, denke ich, ein ganz wichtiges. Können Sie am Standort Gradestraße, einem Standort, den wir

als extrem wichtig ansehen, weil er ein Recyclinghof ist, also das Thema ganzheitlich angeht, sagen, welche Quote dort momentan geplant ist, A I und A II? Wäre es möglich, diese zu erhöhen? Wie viel Recycling von Altholz ist möglich, und wie viele Tonnen Altholz wären das dann? Hier schwirrt einiges an Zahlen herum. Vielleicht können wir ein bisschen mehr Klarheit herstellen.

An den Senat: Was plant der Senat, um diese Altholzrecyclingquoten möglich zu machen? Es ist in unserem Sinne, mehr Altholz zu verwerten und diese modernen Recyclingtechnologien, von denen die BSR gesprochen hat, auf den Weg zu bringen. Wenn ich an Biomasse denke, denke ich auch an den Hausbiomüll, den wir auch teilweise verbrennen. Gibt es da noch Potenzial, oder ist es auch eine Quelle? Wir haben jetzt viel über Holz geredet, aber die Bürgerinnen und Bürger – – Ich trenne das immer ganz schön. Was hat die Abwärme für Sie noch an Potenzial? Ich glaube, das ist etwas, das wir in Berlin noch relativ wenig bergen.

An den NABU: Sie haben gerade davon geredet, dass von dem Holz, das verbrannt wird, drei Viertel Waldholz sind. Können Sie das noch erläutern? Wo kommt dieses Holz her? Mich würde interessieren, ob der Senat, die BSR diese Zahl von 1,6 Millionen Tonnen Holz teilt, die es wären – zum Vergleich etwa die Hälfte des Einschlags in Berlin –, wenn wir diese 15 bis 17 Prozent erreichen würden. Wir brauchen Klarheit bei den Daten, die dort kursieren. – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Vierecke! – Bevor ich das Wort Herrn Hansel erteile, möchte ich kurz erwähnen, dass Frau Beate Züchner, III A, Leitung des Referats Klimaschutz und Klimaanpassung der Senatsverwaltung für Umwelt, zu TOP 3 a und b anwesend ist. Frau Christina Gerts von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe ist auch anwesend. – Herr Hansel! Sie haben das Wort.

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch von uns vielen Dank an die Anzuhörenden! Grundsätzlich stellt es sich doch so dar, dass die geplanten Dekarbonisierungsmaßnahmen im Rahmen der Wärmewende in Berlin auf erhebliche Probleme hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen und technischen Umsetzbarkeit stoßen. Die Idee, das Berliner Fernwärmesystem auf klimaneutrale Heizsysteme wie Biomasse, Geothermie und Abwärme umzustellen, ist aus unserer Sicht unausgereift und viel zu teuer. Die Investitionen in den Ausbau und die Modernisierung des Fernwärmenetzes sowie die Umstellung auf erneuerbare Energiequellen stellen eine immense finanzielle Belastung dar. Die Kosten für die Anschlüsse an das Fernwärmesystem belaufen sich laut aktuellen Schätzungen auf 5 000 Euro bis 10 000 Euro pro Haushalt. Hinzu kommen laufende Kosten, die für kleine Mehrfamilienhäuser bei circa 4 400 Euro pro Jahr liegen können. Das ist deutlich teurer als alternative Heizsysteme wie Gas- oder Pelletheizungen, deren jährliche Verbrauchskosten teilweise erheblich günstiger sind. Die zusätzliche finanzielle Belastung durch die Wärmewende trifft vor allem einkommensschwache Haushalte und Mieter, die die Kosten durch höhere Mieten oder Betriebskosten tragen müssen und nicht mehr tragen können.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die technologische Umsetzbarkeit der Dekarbonisierungsmaßnahmen. So bleibt unklar, wie die nötigen Mengen an Biomasse regional oder nachhaltig bezogen werden sollen, wobei wir gerade gehört haben, dass das ganze Thema Holz sowieso sehr fragwürdig ist, insbesondere aufgrund der Tatsache, dass ähnliche Projekte in anderen Bundesländern auf die gleichen Ressourcen zugreifen. Die geplanten Umstellungen auf Tech-

nologien wie Geothermie oder Abwärme begrüßen wir. Wir haben wir immer gesagt, Geothermie ist das zentrale Asset in der Stadt, das wir haben, weil es direkt von uns selbst kommt und versorgungssicher ist. Das haben wir immer gesagt. Die geplanten Umstellungen auf die anderen Themen befinden sich vielerorts noch in der Entwicklung oder Pilotphase und können nicht kurzfristig in den notwendigen Dimensionen zur Verfügung stehen.

Ein zentrales Problem der Fernwärme liegt in der Abhängigkeit vom Versorger. Das haben wir alle gemerkt, als wir die Rechnung bekommen haben. Meine eigene Heizkostenabrechnung war viermal so hoch als zwei Jahre davor. Ein Wechsel zu anderen, potenziell kostengünstigeren Heizsystem ist kaum möglich, sobald ein Gebäude an das Netz angeschlossen ist. Darüber hinaus wird der Fernwärmeausbau durch hohe Investitionskosten für die Infrastruktur erschwert. Diese Kosten müssen über lange Zeiträume amortisiert werden, was die Wärmewende unnötig verzögert und für zusätzliche Unsicherheiten sorgt.

Die Wärmewende wird bestehende soziale Ungleichheiten verschärfen. Während einkommensstarke Haushalte von staatlichen Förderungen profitieren und sich die Umstellung leisten können, bleiben einkommensschwache Haushalte auf die steigenden Energiepreise und Mieten angewiesen. Es fehlt eine klare Strategie, wie diese Bevölkerungsgruppen entlastet werden, sodass man aus unserer Sicht sagen kann, die Dekarbonisierung im Rahmen der Wärmewende bringt enorme finanzielle und technologische Risiken. Die hohen Kosten für die Umstellung auf erneuerbare Energien, der Mangel an technologischer Reife und die fehlende Flexibilität bei der Energieversorgung machen die derzeitigen Pläne zu einer unzumutbaren Belastung für die Berliner Bevölkerung. Vor allem, wenn man, wie wir alle wissen, weiß, dass nichts von der CO_2-Einsparung, die Sie mit der Dekarbonisierung erreichen wollen, aber wirklich nichts, etwas am deutschen, europäischen oder Weltklima ändern wird. Daher ist bisher unser politisches Plädoyer – ich komme aber noch zu der Frage an Herrn Voß –: Überdenken Sie die Wärme- und Energiewende. Investieren Sie stattdessen – das geht an den Senat – in die marode Infrastruktur Berlins, in die Schulen, in Klimaresilienz, also in Maßnahmen zum Schutz bei immer wieder auftretenden Wetterkatastrophen.

Herr Voß! Der Erwerb durch die Rekommunalisierung, die 1,4 Milliarden Euro, die der Senat, der bezahlt hat, ist wunderschön, aber damit ist noch nichts in Sachen Transformation passiert. Darum die konkrete Frage, Investitionen, Kostenschätzung bis 2030: Haben Sie irgendeine Vorstellung, was das kostet? – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Hansel! – Herr Freymark, bitte!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herzlichen Dank an die Anzuhörenden! Es ist sehr interessant, mal die unterschiedlichen Blickwinkel wahrzunehmen. Wir haben jetzt sehr konzentriert über das Thema Biomasse gesprochen, auch wenn andere Themen dabei tangiert werden, ohne Frage, aber ich glaube, dass das schon die Konzentration ist. Wir sind hier der Umwelt- und Klimaausschuss. Deswegen ist es, glaube ich, gar nicht immer so leicht für einen jeden von uns, das energiewirtschaftlich zu betrachten und zu bewerten. Dafür haben wir dann auch noch den Ausschuss für Energie, Wirtschaft und Betriebe.

Ich will es so offen sagen: Viele der Fragen richten sich ein bisschen an Grundhaltungen und Perspektiven. Wie meine ich das? – Wir haben jetzt von drei Anzuhörenden, Frau Kruse, Herrn Dr. Lucht und Herrn Quast-Malur, einen kritischen Beitrag zum Thema Biomasse ge-

hört, und wir haben zwei Beiträge gehört, wo schon deutlich wurde, dass es insbesondere für die Versorgungssicherheit ein sehr wichtiger Aspekt sein kann. Deswegen würde mich interessieren, wie Sie drei Erstgenannten die Beiträge der beiden Letztgenannten bewerten würden. Bei dem einen oder anderen Argument habe ich Herrn Quast-Malur mal nicken oder mal den Kopf schütteln sehen. Es ist für uns als politische Entscheider sehr interessant, von Ihren Diskussionen das Richtige für uns rausziehen zu können.

Aus Sicht der CDU-Fraktion sind die richtigen Attribute genannt: Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit. Wenn hier glaubwürdig versichert wird, dass zumindest die gegenwärtige Versorgungssicherheit darauf basiert, dass zu einem gewissen Prozentteil, ob 16 Prozent, 10 Prozent oder weniger, Biomasse dafür benötigt wird und das im Kontext von Sperrmüll passiert, dann fällt es uns sehr leicht, Ja zu sagen. Schwieriger wird es, wenn wir wissen, wir würden irgendwo, möglicherweise auf anderen Kontinenten, Plantagen anlegen müssen, das einführen und so weiter. Dann fällt es einem leichter, in der Bewertung zu sagen: Lasst uns Geothermie stärken, lasst uns das Thema Umbau der Erdgas- zu Wasserstoffnetze stärken, was ein extrem spannendes Thema ist, wo wir bis 2030 wirklich etwas miteinander vorhaben, oder lasst uns die Abwärme noch stärker nutzen. Ich vermute, dass sich dann auch an den Prozentzahlen etwas verändert, wenn wir gegenwärtig bei Geothermie von 7 Prozent ausgehen, aber Optimisten, und dazu gehört offensichtlich unser Staatssekretär Dr. Fischer, mit möglicherweise 20 Prozent agieren. Das will ich mal für die Diskussion aus Sicht der CDU-Fraktion mit einbringen. Wenn Biomasse vermeidbar ist, weil man sie importieren muss, müssen wir schauen, wie wir sie vermeiden können, aber ich habe nicht den Eindruck, Herr Voß, dass Sie nur nach der Biomasse schreien, sondern ganz andere Ziele haben. Vielleicht können Sie noch ein bisschen ausführen, warum Sie glauben, dass das Versorgungssicherheit ist. Was passiert eigentlich, wenn wir die anderen Faktoren in fünf Jahren weiterentwickelt haben? Ist dann Biomasse noch zu 10 Prozent oder vielleicht nur noch zu 3 Prozent oder 4 Prozent Anteil dessen, oder brauchen wir es irgendwann gar nicht mehr?

Richtig finde ich, dass wir bei der Sperrmüllbehandlung et cetera die richtigen Schritte einleiten. Ich habe immer ein bisschen Sorge, aber das ist kein Vorwurf, dass wir bei der Vorsortierung, nämlich bei der Einhaltung der Abfallhierarchie, zulassen, dass wir sagen: Na ja, das aufzubereiten oder wiederzuverwenden, ist eigentlich aufwendiger, als wenn wir es doch verbrennen. – Ich vermute, da hat der Senat ein Auge drauf, aber vielleicht können Sie uns daran teilhaben lassen: Wie wird sichergestellt, dass Sie nicht doch lieber zur Verbrennung greifen, als die Abfallhierarchie einzuhalten? Ich habe den BUND und den NABU so verstanden, dass die Sorge ist, dass vielleicht missbräuchlich etwas davon in Anspruch genommen wird. – Das mal als kurze Zusammenfassung. Ich freue mich auf die weiteren Beiträge dazu.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Freymark! – Frau Schneider, bitte!

Julia Schneider (GRÜNE): Vielen Dank erst mal an die Expertinnen und Experten! Es war sehr interessant, was Sie berichtet haben. Ich habe zwei Fragen, eine an den Senat zur Nachhaltigkeitsvereinbarung: Besteht nach der Kritik, die Sie hier gehört haben, der Wunsch oder das Ansinnen, diese noch mal zu verändern?

Die zweite Frage geht an die BSR, und zwar geht es mir noch mal um die Kategorien II bis IV von Altholz. Wie sieht es da aus? Ich habe vom BUND vernommen, dass es Techniken gibt, weitere Kategorien dem Recycling zuzuführen, als es bisher in Berlin der Fall ist. Wir sind

bei der Altholzrecyclingquote relativ schlecht, im internationalen Vergleich, zum Beispiel mit Italien, sogar sehr schlecht. Mich interessiert, ob Sie zum Beispiel mit Italien im Austausch stehen, die europaweit Vorreiter im Recycling sind, um neue Technologien oder vielleicht auch Organisationsformen kennenzulernen – ich weiß nicht genau, woran es in Italien hängt – und Expertise für das Land Berlin zu bekommen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Schneider! – Herr Koçak, bitte!

Ferat Koçak (LINKE): Danke schön, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank für die spannenden Einblicke an unsere Gäste! Ich würde gern so einsteigen, dass ich hinter dieser ganzen Biomasse- und Wasserstoffdebatte erst mal die Profitlogik erkläre, aber das überspringe ich heute. Ich komme frisch aus dem Urlaub.

Ich fand interessant, was Herr Prof. Dr. Lucht hier an Beispielen herangetragen hat mit dieser Buchhaltung und was für ein Greenwashing eigentlich hinter diesem System steckt. Bei diesem Greenwashing wird den Menschen vorgetäuscht, dass das Lösungen sind, die Klimaneutralität vortäuschen. Ich denke, Wasserstoff und Biomasse sind nicht die richtigen Lösungen auf dem Weg zu einer klimaneutralen Stadt, vor allem, wir hatten das jetzt sehr oft gehört, beim Import von Biomasse. Ich hatte letztens eine Konferenz mit Menschen aus Brasilien, wo wir darüber gesprochen haben, dass teilweise indigene Völker darunter leiden, dass hier in Europa Biomasse und Wasserstoff importiert wird, aber die Deutsche Bahn dort – jetzt komme ich doch zum Profit – eine Strecke durch den Amazonas baut und dadurch indigene Völker vertreibt, Wälder abholzt, um diese Biomasse an das Meer zu bringen und exportieren zu können. Es ist ein bisschen weiter gedacht, aber wenn wir über Biomasse und über Wasserstoff reden, dürfen wir diesen Aspekt der Ausbeutung des globalen Südens nicht vergessen. Vor allem versuchen wir hier, Klimaneutralität vorzutäuschen, indem wir in diesen Ländern Klimaschaden und auch sozialen Schaden verursachen.

Aber kommen wir zurück nach Deutschland. Hier ist interessant, wie wir, wenn wir Biomasse nicht importieren, an Biomasse rankommen. Der kürzeste Weg wäre Brandenburg, das Nachbarbundesland, aber auch dort verursachen wir sowohl für die Umwelt als auch für die Menschen einen Schaden, indem es dort dann in Richtung Monokulturen geht, Abholzung und so weiter, was da alles passiert. Ich habe mir ein paar Fragen aufgeschrieben, als Sie gerade gesprochen haben. Mich würde vor allem interessieren, die Frage kam schon von den Kollegen der Grünen: Woher kommt diese Biomasse, die wir hier in Berlin nutzen oder nutzen wollen?

Mich würde von der BSR noch interessieren, was Ihre konkrete Planung für die Gradestraße ist, wie es in dem Zusammenhang weitergehen wird. Welche Möglichkeiten zur Lagerung des Brennmaterial hätte die BSR, um das Kraftwerk nicht in der Grundlast durchlaufen zu lassen, sondern es angepasst an den nicht anderweitig deckbaren Bedarf an Fernwärme zu betreiben? Welchen Einfluss hätte dies auf Wirtschaftlichkeit und vor allem Preise? Ist nur die Wärmeproduktion geplant oder eine Kopplung von Wärme- und Stromerzeugung? Welcher Effizienzgrad soll erreicht werden?

Zwei, drei Frage an Herrn Voß: Mich würde die mögliche Anpassung des Dekarbonisierungsfahrplans interessieren und ob Sie etwas zur Fernwärme in Neukölln und der Relevanz der Gradestraße für das Fernheizwerk Neukölln sagen können. Welche Planungen zur Anpassung

des Dekarbonisierungsfahrplans vor allem hinsichtlich geringerer Nutzung von Biomasse und Wasserstoff sind absehbar? Dieselbe Frage würde ich gerne auch an den Senat richten.

Direkt an den Senat: Aktuell werden im Rahmen der Wärmeplanung die Potenziale Erneuerbarer ermittelt. Welche Möglichkeiten zur Überarbeitung des Dekarbonisierungsfahrplans lassen sich bereits absehen? Wenn wir weniger Biomasse und Wasserstoff haben wollen, brauchen wir Alternativen. Irgendwie wollen die Leute heizen können. Bei den Alternativen würde ich mich freuen, wenn sich alle, inklusive der Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien, dazu äußern würden: Was wäre die Alternative zu Biomasse und Wasserstoff? Was denkt ihr, wie kommen wir da voran? – Vielen Dank! Wir stimmen natürlich dem Antrag zu. Das dürfen wir nicht vergessen.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE): Danke, Herr Koçak! Ob wir den Antrag zur Abstimmung stellen, werden wir nach der Anhörung behandeln. – Ich möchte jetzt den Anzuhörenden das Wort erteilen. Diesmal ändern wir die Reihenfolge, wobei ich alle Beteiligten darum bitte, auf die Zeit zu achten. Ich würde 11.25 Uhr fertig werden wollen, weil wir drei weitere Tagesordnungspunkte haben, die wir heute abarbeiten wollen. Diesmal fangen wir mit Herrn Voß an. Es gab mehrere Fragen. – Sie haben das Wort.

Marko Voß (BEW): Vielen Dank für die Fragen! Zunächst zu den Fragen von Herrn Taschner, Herr Taschner hat die Runde eröffnet, nach Biomassemenge und Transparenz. Dazu kann ich gern beitragen. Wir wollen 450 Tonnen bis maximal 480 Tonnen trockene Biomasse in 2030 nutzen. Das ist die Summe aller Anlagen, die wir in 2030 betreiben wollen, nämlich Klingenberg, Reuter West und im Märkischen Viertel. Die wird bis dahin nicht abgeschaltet werden. Sie hatten gefragt, wann wir die Anlagen außer Betrieb nehmen. Bei der Kohleanlage in Moabit sehen es die Planungen so vor, dass wir die Anlage 2028 außer Betrieb nehmen wollen, vorausgesetzt wir haben erfolgreich transformiert und die Anlagenerzeugungskapazitäten am Netz. Dann können wir das so tun.

Die Frage: Wo kommt das Holz her? Ist es regionales Holz? – ist bei vielen aufgetaucht. Aktuell nehmen wir regionales Holz unserer Lieferanten aus einem Umkreis von 55 Kilometern bis 60 Kilometern von Berlin an. Es ist rein regionales Holz. Wir sprechen mit unseren Lieferanten. Wir haben heute in Moabit und im Märkischen Viertel Biomasse im Einsatz und wollen mit denen dieses regionale Holz weiter nutzen und nicht internationales Holz nutzen, sondern regionales Holz. Wir werden aber den Radius erhöhen müssen, weil wir größere Einzugsgebiete erschließen müssen. In der Machbarkeitsstudie Kohleausstieg, das wissen vielleicht einige noch, haben wir uns einen Radius von 250 Kilometern um Berlin angeschaut. Wir glauben, dass das machbar ist. Es gab eine eigene Studie zu Mengen, die in diesem Radius verfügbar sind. Wir glauben weiterhin fest daran, dass das so ist. Das sagen uns Marktpartner, und das sagen uns unsere Lieferanten heute auch.

Wann werden Reuter West und Klingenberg in Betrieb gehen? – Die Planungen sehen so aus – in Spandau waren Sie zum Teil beim Scoping-Termin –: 2028 soll die Anlage ersten Betrieb machen und 2029 den kommerziellen Betrieb aufnehmen. Die Anlage Klingenberg hinkt in den Planungen ungefähr neun bis zwölf Monate hinterher. Die ist ein wenig später dran und wird entsprechend später in Betrieb gehen. – Die Außerbetriebnahmen habe ich erwähnt. Ich hoffe, ich habe Ihre Fragen beantwortet, Herr Taschner.

Dann würde ich zu den Fragen von Frau Vierecke wechseln, weniger Biomasse, Geothermie: Genau richtig! Wir sehen das exakt genauso. Die Geothermie bietet für uns ein mögliches Potenzial, Biomasse zu verdrängen und perspektivisch weniger Wasserstoff zu nutzen. Das ist auf jeden Fall richtig. Wir haben nur in der Stadt wenig Erfahrung damit. Wir als BEW haben auch keine Erfahrung und arbeiten hier eng Hand in Hand mit den Senatsverwaltungen zusammen, um zügig voranzukommen, erst mal den Untergrund mit seismologischen Untersuchungen gut zu erforschen, um am Ende auch zu bohren und die Verfügbarkeit dieser Quelle Geothermie überhaupt zu bestätigen. Erst, wenn wir wissen, was dort möglich ist, werden wir uns weiter diesen Potenzialen widmen. Heute, das ist ein sehr ambitioniertes Ziel, haben Sie gesehen, gehen wir von 7 Prozent, aber erst nach 2030 aus, weil wir glauben, dass es eine Zeit lang dauern wird, die Daten, die wir aufnehmen, aufzubereiten, die richtigen Standorte zu finden, zu bohren und die Verfügbarkeit herzustellen. Aber der Punkt ist sehr wichtig. Den beobachten wir und arbeiten sehr intensiv daran, die Geothermie für unsere Fernwärme nutzbar zu kriegen.

Dann komme ich zu Herrn Hansel. Sie hatten am Ende Ihres Beitrags die Frage nach den Kosten der ganzen Transformation gestellt. Die Kosten haben wir im Rahmen des Verkaufsprozesses immer mal wieder in der Zeitung lesen können. Es wird nach heutigen Schätzungen ungefähr 3 Milliarden Euro kosten, die Transformation zu realisieren.

Dann komme ich zu den Fragen von Herrn Freymark: Sie hatten auch die Frage nach der Biomasse, international, regional gestellt. Das habe ich schon eingangs beantwortet. Wir gucken schon regional verstärkt weiter. Versorgungssicherheit ist das wichtigste Thema, wenn wir über die Biomasse sprechen. Sie ist lagerfähig und für uns vor Ort vorhaltbar. Wir haben beim Scoping-Termin dargelegt, dass wir an den Standorten Lager bauen werden, die einen Betrieb der Anlage vor Ort von drei bis fünf Tage ermöglichen wird, um die Versorgungssicherheit in der Stadt mit Fernwärme in diesen Regionen sicherzustellen. Das ist ein wichtiger Aspekt für uns. Deshalb haben wir heute die Kohle, die wir nicht mehr haben wollen, aber künftig die Biomasse dafür.

Dann komme ich noch zu den Fragen von Herrn Koçak, Anpassung des Dekarbonisierungsfahrplans: Genau richtig! Wir nehmen die Entwicklung agil wahr und arbeiten wie erwähnt an anderen Quellen weiter, auch an der geothermischen Nutzung. Die gesetzliche Grundlage sagt, wir sollen spätestens in fünf Jahren einen angepassten Fahrplan vorlegen. Heute gehen wir davon aus, dass wir mit den Entwicklungen bereits nächstes Jahr einen angepassten Fahrplan vorlegen werden. Jedenfalls bereiten wir uns darauf vor, weil die Entwicklungen so dynamisch sind und sich in der Dokumentation unserer Fahrpläne niederschlagen sollten.

Dann war die Frage zum Fernheizwerk Neukölln, die Wärme dort einzubinden. Vielleicht kann der Kollege Witt von der BSR noch etwas dazu sagen. Sie sprechen auch mit dem Fernheizwerk Neukölln. Klar ist, dass das Fernheizwerk Neukölln genauso eine Dekarbonisierung durchlaufen wird und sich sehr wohl eine solche Wärmequelle angucken wird müssen und können, weil sie dort heute noch einen hohen fossilen Anteil haben. – Ich hoffe, ich habe alle Fragen beantworten können. Das waren die Dinge, die ich mir notiert habe. – Vielen Dank!

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE): Danke, Herr Voß! – Herr Quast-Malur, bitte!

Tobias Quast-Malur (BUND): Vielen Dank! – Wahrscheinlich kann ich alle drei Fragestellungen in sich ein wenig vermengen. Es ging viel im Fokus um die Gradestraße und das, was Herr Witt dargestellt hat. Wir freuen uns BUND-seitig über alles, was eine Verbesserung der Recyclingquoten und der Wiederverwendung bedeutet, sind aber natürlich bedacht darauf, dass das bestmöglich ausgereizt wird. Wir haben immer die grundsätzlichen Bedenken, weil wir das bundesweit auf dem Altholzmarkt so sehen, dass die Altholzverbrennung dominiert und dann in der Marktlage das Recycling stark einschränkt. Alle Altholzaufbereiter, die Recycler, sagen uns: Das ist das Problem. Wir haben zu wenig Altholz zur Verfügung. – Wenn die BSR beides nebeneinander stellt, die Verbrennungsanlage und die Recyclinghalle, dann haben wir die Sorge – wie wir es hier heute wieder stark wahrnehmen können, auch vor dem Hintergrund einer stark auf die Fernwärmefrage fokussierten Debatte –, dass das Recycling zu kurz kommt, sich eigentlich keiner dafür interessiert und es nachher unter den Tisch fällt. Wobei eigentlich klar ist: Das ist die effizientere Holznutzung. Es ist besser für Klima und Umwelt.

Herr Witt hatte gesagt, eine Vervierfachung der Recyclingquote. Ich will Ihnen da nicht Unrecht tun. Ich meine, die Bilanzen sagen, Sie sind bisher nur bei 4 Prozent am Standort Gradestraße. Das ist wirklich sehr niedrig. Das heißt, wir kommen dann auf 16 Prozent. Die Zahlen hatte ich dargelegt. Wir haben bundesweit schon 25 Prozent und sind superweit hinten. Es muss bestmöglich ausgereizt und ausgeschöpft werden, und da schlagen wir vor, sich mit den besten verfügbaren Techniken, die es gibt, auseinanderzusetzen. Die kann man zum Beispiel in Spandau in dieser Pilotsortieranlage sehen. Bisher ist ein Recycling zu klassischen Spanplatten üblich, auch in Italien. Das ist der Klassiker, weil die Sortierung bisher nicht mehr hergibt. Wenn man sich die Anlage in Spandau ansieht, kann man sehen, dass die in hoher Sortenreinheit Holz für ganz andere Möglichkeiten des Recyclings, OSB-, MDF-Platten, auch noch in Vollholz, zur Verfügung stellen kann. Wir plädieren ganz stark dafür, hier in den Austausch zu treten und solche wirklich guten Techniken zur Verfügung zu stellen und dann auch zu nutzen, ebenso was die A-III- und A-IV-Hölzer angeht. Bei A III sind sie stärker schadstoffbelastet, und das macht das Recycling schwieriger, schränkt es ein. Es macht auch die Verbrennung schwieriger, weil Sie gucken müssen, wie Sie mit den Emissionen umgehen. Aber es gibt auch bei A III nach einer Vorbehandlung Möglichkeiten des Recyclings und zur Optimierung dieses Anteils, der aber relativ gering ist, jedenfalls was die bundesweiten Zahlen angeht. Wir haben fast 90 Prozent A-I- und A-II-Altholz und dann nur gut 10 Prozent A III und A IV – für Berlin liegen mir keine spezifischen Daten vor, vielleicht ist Herr Witt schlauer und kann weiterhelfen –, sodass es um einen relativ kleinen Anteil geht. Aber es gibt Forschungsprojekte, zum Beispiel das Forschungsprojekt ReSpan an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde, die sich genau mit den Recyclingmöglichkeiten und der Verbesserung im Altholzbereich für A-III- und A-IV-Altholz befassen. Hier kann man also noch Potenziale heben.

Ich meine, von Frau Vierecke, wurde das Thema Hausbiomüll und die Potenziale angesprochen. Da möchte ich gern auf eine jüngst veröffentlichte Studie im Auftrag der Senatsumweltverwaltung verweisen, die Biomassepotenzialstudie, die die Potenziale für die Fernwärme aufzeigen wollte und sollte. Meiner Lesart nach ist das ganz klare Ergebnis: Die Potenziale liegen nicht in mehr Verbrennung, sondern die Potenziale liegen vor allen Dingen, deswegen war die Frage insbesondere nach getrennt gesammeltem Biomüll aus meiner Sicht ganz berechtigt, im Bereich des vergärbaren Materials, also nicht holzartige, strauchartige Biomasse, sondern eher Krautiges, das zur Vergärung gut geeignet ist, was die BSR am Standort der

Biogasanlage Ruhleben sehr gut macht, aber nicht vollständig ausnutzt, schon jetzt nicht das vorhandene getrennt gesammelte Bioabfallpotenzial ausnutzt, sondern zum Teil direkt kompostiert. Zum anderen ist in der Studie aufgeführt, dass der Bioabfall aus den öffentlichen Grünflächen, Parkanlagen und so weiter, wo die Bezirke zuständig sind, bisher nur kompostiert wird, und man könnte auch da gucken: Kann ich durch Vergärung da schon mehr Energie rausholen? – Ich hoffe, das beantwortet die Fragen soweit.

Man muss sich bei allen Mengenprognosen, die man anstellt, immer die Frage stellen: In welche Richtung wollen wir gehen? Das sind Entscheidungen für Jahrzehnte. Wenn wir jetzt eine neue Anlage zur Verbrennung bauen, dann muss die sich rentieren, dann will die natürlich gefüttert werden. Angesichts der jetzt schon kritischen Marktlage, wo Alt- und Frischholz nicht zu trennen sind, ist es sicherlich weiterhin so, wenn ich mehr in Verbrennung investiere, dass es einen Einfluss darauf hat, dass Recycling in der Konkurrenzsituation einen schweren Stand hat.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Quast-Malur! – Herr Prof. Dr. Lucht, bitte!

Dr. Wolfgang Lucht (PIK): Herr Taschner! Sie fragten, wie das CO_2 in der Buchhaltung bestimmt wird. Ich sagte schon, die Emissionen, die bei der Holz- oder Biomasseverbrennung entstehen, werden nicht im Energieaccount geführt, weil man sagt, dass man diesen getrennten Account, diese getrennte Buchhaltung, darüber hat, wie sich der Kohlenstoff vor Ort in der Landfläche verändert. Dort wird das als die Differenz zu dem Kohlenstoffgehalt auf den Landflächen verbucht. Das sind Berichtspflichten. Im Rahmen der Klimaverhandlungen wurde das vor langer Zeit mal so vereinbart. Damit man das nicht doppelt anrechnet, wurde das so getrennt. Die Problematik liegt aber an zweierlei: Das eine ist, dass diese Landaccounts nicht im Fokus der Diskussion stehen, politisch kaum Konsequenzen haben, wenn es da nicht so gut aussieht und vor allem dort noch keine CO_2-Preise angewendet werden. Noch nicht – davon sind wir noch weit entfernt.

Das Zweite ist: In diesen Landaccounts müssen eigentlich Senken ausgewiesen sein. Die sind nicht nur in den Klimaschutzplänen überall vorgesehen, bei der EU, aber auch in Deutschland, sondern auch bei den Pariser Klimazielen ist eine erhebliche weitergeführte biosphärische Senke Teil der Gesamtbetrachtung der Temperaturerwärmung. Ohne diese Senke wäre es jetzt schon sehr viel wärmer als es jetzt ist, und das geht noch sehr viel weiter. Derzeit nehmen in Europa die Senken in den Wäldern aber ab oder sind in einigen skandinavischen Ländern sogar in der Nähe von null. Der Grund dafür ist eindeutig die Übernutzung dieser Wälder vor allem durch die Holzwirtschaft.

Sie fragten nach den Kurzumtriebsplantagen. Das ist aus meiner Sicht eine Form von intensiver Landwirtschaft. Das ist nicht eine andere Form von Wald, überhaupt nicht, sondern es ist auch eine Form von Landwirtschaft, die genauso intensiv ist wie andere intensive Landwirtschaft. Pflanzen bestehen nicht nur aus Kohlendioxid aus der Luft, sondern verdunsten Wasser, sie brauchen Stickstoff, sie sind ökologisch häufig arm, es wird sehr viel mit Maschinen darauf gearbeitet. Das kommt in Konkurrenz in die Situation, wo wir ohnehin Konkurrenz um Landnutzung haben im Ernährungssektor, für die Renaturierungsanliegen und so weiter. Es wird jetzt ein weiterer Sektor da reingedrückt, der auch noch in Konkurrenz dazu steht, deswegen diese Parallele zur Vermaisung der Landschaft. Diese Problematik ist schon auch berechtigt. Die haben wir im Moment noch nicht, aber man soll die Ausbaupläne bedenken, bevor man die Dynamik in Gang setzt, denn wenn die Wirtschaftssysteme einmal etabliert sind, ist es schwer, schnell wieder gegenzusteuern. Das hatten wir schon mal bei diesem Bioenergiehype vor 20 Jahren, wo alle ganz begeistert waren und hinterher zurückgerudert und gesagt wurde: Oh, ihr habt das doch empfohlen. – Das sollten wir nicht noch mal machen.

Sie fragt nach dem Holzbedarf. Dafür bin ich kein Spezialist, aber es gibt natürlich Untersuchungen dazu. Wenn man es mal auf der großen Bühne anschaut: Wir werden in den nächsten 30 Jahren zwei Milliarden mehr Menschen haben. Es wird eine stark steigende Nachfrage nach biomassebasierten Produkten geben. Es gibt eine ganze Menge Forschung zu Bioökonomie, dass Plastik künftig aus Biomasse hergestellt wird. Im Rahmen des IPCC, des UNO-Weltklimarates, wird erheblich auf CO_2-Speicherung in Biomasse gesetzt als Teil einer Stabilisierung des Klimas, und dann gibt es noch diese energetische Nutzung, teilweise überlappend. Wie das aufgehen soll, ist einfach – – Rechnerisch kann man da alles Mögliche machen, und aus meiner Sicht, wissenschaftlich gesehen, ist der Grund, dass das sehr viel von Physikerinnen und Physikern und von Ökonominnen und Ökonomen betrieben wird, und die Ökologie bleibt immer ein bisschen außen vor. Da sieht man die Natur als eine Ressource,

aber wir können nicht das Klima auf Kosten der Ökologie retten, denn das sind die Landschaften, in denen wir leben.

Herr Hansel! Ihnen kann ich sagen: Ihre Aussage, dass das am Klima nichts ändern würde, kann ich so nicht unterschreiben, denn das ist wie bei den Steuereinnahmen. Die Beiträge addieren sich auf. Alle Beiträge zählen, und Deutschland ist über die Geschichte gesehen, auch durch unsere Entwaldung, die wir hatten, der sechstgrößte CO_2-Produzent der Welt. China, USA und die EU allein emittieren die Hälfte aller globalen CO_2-Emissionen. Afrika hat nur 4 Prozent der globalen CO_2-Emissionen. Die müssen eigentlich gar nichts machen. Insofern ist unser Beitrag ein Beitrag wie von allen anderen. Dekarbonisierung ist ein riesiges Menschheitsprojekt, superkompliziert, aber es geht um unglaublich viel, denn die Folgen der Klimaerwärmung sind sehr teuer.

Herr Freymark fragte, wie ich die Beiträge der Versorger bewerte. Erst mal ist das nicht mein Fachgebiet. Das kann ich gar nicht bewerten. Ich persönlich bin Erdsystemwissenschaftler, und ich habe riesigen Respekt vor der Komplexität der Aufgabe, vor der Tiefe an Sachkenntnis, Versorgungssicherheit zum Beispiel. Vor solchen Aspekten habe ich riesigen Respekt und auch vor Ihnen als Politikerinnen und Politiker, die Sie dazu Entscheidungen treffen müssen. Ich kann nur sachliche Grundlagen dazu beitragen, aber mir scheint es offensichtlich, dass es wichtig ist, eine nachhaltige Infrastruktur zu machen, diese Dekarbonisierung so zu machen, dass man nicht Kurzfristerfolge erzielt, die sich nachher negativ auswirken. Darüber geht, glaube ich, diese Diskussion, ob es ein guter Plan ist oder nicht, und ob man, wenn Geothermie noch zwei Jahre länger braucht, lieber die Ziele nicht ganz erreicht, aber dafür nachher eine dauerhafte Lösung hat. Leider ist festzustellen, dass das immer wieder ganz schnell – und das ist weltweit so – als klimaneutrale Energie, kohlenstofffreundliche Energie in alle Präsentationen reinkommt, obwohl ich dargelegt hatte, dass es sehr viele Argumente oder Gründe gibt, warum das nicht so ist. Das kann man auch wieder nicht so pauschal sagen, sondern muss ein bisschen differenzieren, aber das ist im Wesentlichen ein Greenwashing, das sich rhetorisch immer wieder reinschleicht. Wenn man auf die Webseiten der großen Pelletproduzenten, dieser ganzen Industrie, die sich darum gebildet hat, geht, ist das alles wunderbar und klimaneutral, aber das ist de facto nicht der Fall. Das CO_2 kommt aus dem Schlot. Das Problem ist: Es gibt große Anreizsysteme, es geht relativ schnell. Beim Verbrennen wissen wir, wie es geht. Das geht relativ schnell. Es ist es wahrscheinlich auch halbwegs kostengünstig, und es unterliegt nicht der CO_2-Bepreisung, sodass man CO_2-Bepreisung bei Alternativen einspart. Diese Anreizsysteme, die im Namen von grün, nachhaltig, klimaneutral gesetzt wurden, sind ein Riesenproblem. Die Wissenschaftscommunity, die sich damit beschäftigt, hat das schon ganz lange als ein riesiges Problem, nicht erst seit gestern, markiert.

Ich möchte nur mal anmerken: Ich sagte schon, vielleicht ist es generell eine schlechte Idee, Sachen aus Kohlenstoff zu verbrennen, weil dann immer CO_2 in die Atmosphäre geht, und wie soll man das dann wieder rauskriegen. Es ist eine Technik des 19. Jahrhunderts, Sachen zu verbrennen, damit es warm wird. Das ist schön, weil es einfach ist, aber wir brauchen es jetzt im gigantischen Maßstab, und das ist eine alte Technik. Die Frage ist: Was sind die neuen Techniken? –, und ich sage nicht, dass es einfach ist.

Letzte Bemerkung noch: Herr Koçak! – Ach, er ist gar nicht mehr da. Sein Blick auf die globale Dimension ist absolut entscheidend, denn es ist Fakt: Wir haben Lieferkettengesetze, wir haben Entwaldungsinitiativen international. Bei den Klimaverhandlungen sind das immer

große Sachen. Alle Anliegen, die er angesprochen hat, werden auf hoher Ebene international verhandelt, und wir sind diejenigen, die da Druck ausüben. So zu tun, als ob wir das alles hier machen können und es nicht in diese internationalen Verbindungen geht, gerade, wenn es nicht nur in Berlin passiert, sondern europaweit, sind wir wieder diejenigen, die die Ressourcen der Welt zu uns lenken mit großen Folgen dort, so, wie es beim Palmöl der Fall war und so weiter. Das heißt, genau dieser Blick ist notwendig, es nicht immer eins zu eins auf die Berliner Situationen und jetzt anstehende Entscheidungen anzuwenden, aber der Hintergrund insgesamt ist absolut essentiell, sonst sehen wir nicht, was Nachhaltigkeit wirklich bedeutet. Insofern fand ich das eine sehr sachkundige Bemerkung.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Prof. Dr. Lucht! – Frau Kruse! Es gab auch Fragen an Sie. – Bitte!

Michaela Kruse (NABU): Danke! – Die erste Frage von Herrn Taschner bezog sich auf die Nachhaltigkeitsvereinbarung. Da ist Ihnen als Ausschussmitglieder, glaube ich, von meinen Kolleginnen und Kollegen von Robin Wood und Biofuelwatch gestern noch eine Analyse zugekommen, die sich kritisch und im Detail mit der Vereinbarung auseinandergesetzt hat. Dazu kann man sagen, dass die erst mal gar nicht so weit über die gesetzlichen Anforderungen der RED hinausgeht. Die EU-Erneuerbare-Energien-Richtlinie gibt das schon vor. Die muss eingehalten werden, wenn man beispielsweise eine BEW-Förderung bekommen will oder auch wenn man für seine Kraftwerke für die Emissionen keine Zertifikate bezahlen will, denn auch dafür muss das eingehalten werden. Insofern gibt es da auch gesetzliche Verpflichtungen.

Wir kritisieren grundsätzlich an dieser Nachhaltigkeitsvereinbarung, dass die, wie schon angesprochen, die grundsätzlichen Probleme gar nicht betrachtet. Die CO_2-Emissionen sind da vollkommen ausgeklammert. Außerdem, das hatte ich schon versucht zu sagen, ist diese Verschiebung der Mengen relevant. Wenn einer wie jetzt in Berlin vielleicht sogar etwas strengere Kriterien einhält, was, wie gesagt, gar nicht unbedingt der Fall ist, dann würden andere, die vielleicht nicht solch strenge Kriterien haben, einfach das andere Holz nehmen, aber am Ende geht es um die Menge, die zustande kommt. Da gibt es zum Beispiel einen Projektionsbericht vom UBA, die davon ausgehen, dass Deutschland schon im Jahr 2030 so viel Holz für die energetische Nutzung importieren muss, wie aus heimischen Quellen zur Verfügung steht – heutzutage wird kaum etwas importiert –, und das ist sicherlich nur eine Schätzung am unteren Rand. Da ist zum Beispiel noch nicht das Gebäudeenergiegesetz ohne die Biomasseeinschränkungen drin, die zunächst diskutiert, aber dann wieder abgeschafft wurden. Es sind auf jeden Fall die Mengen, unabhängig von der Nachhaltigkeit, das Problem an der Stelle. Es klingt immer ein bisschen an, als wenn in der Nachhaltigkeitsvereinbarung drinsteht, dass man nicht aus einem weiteren Umkreis importieren dürfte. Das ist aber gar nicht so. Das setzt sich nur dadurch zusammen, dass die RED-Richtlinie die Emissionen begrenzt, die beim Transport und bei der Verarbeitung des Holzes entstehen, nicht die direkten Emissionen aus der Verbrennung, und diese Transportemissionen begrenzen diesen Importradius auf ungefähr 200 Kilometer. Nun ist es aber so, dass Altholz, weil es deutlich leichter ist, weil trockener, ohne Probleme von deutlich weiter her antransportiert werden kann, weil da die Transportemissionen nicht so ins Gewicht fallen. Insofern kann aus unserer Sicht die Nachhaltigkeitsvereinbarung die Probleme nicht lösen, die mit der Holzverbrennung entstehen.

Die zweite Frage bezog sich auf die Kurzumtriebsplantagen. Ich hatte schon dargelegt, dass sie eine irrsinnig große Fläche brauchen. Aktuell werden auf 2 000 Hektar für die BEW beziehungsweise von der Tochter Energy Crops KUPs angebaut. Das soll nach unserem Wissen verdreifacht werden. Das sind dann 6 000 Hektar. Die Flächen liegen in Brandenburg und Polen. Das ist für die Pappeln, die dort angebaut werden, keine optimale Wachstumszone. Es ist viel zu trocken. Diese KUPs haben einen hohen Wasser- und Düngerbedarf, und ökologisch ist der Wert fraglich. Agroforstsysteme sehen wir als NABU relativ positiv, aber da geht es um Hecken in der Landschaft, die gleichzeitig als Strukturelemente dienen oder Erosion mindern können, aber großflächige Plantagen sind kein ökologischer Mehrwert. Ich habe das mal durchgerechnet. Nur wenn man Reuter West allein aus Kurzumtriebsplantagen speisen wollen würde, bräuchte man die ganze Fläche von Berlin. Das hatte ich mal berechnet, ohne Gewähr für die Zahlen zu geben. Es sind riesige Flächen, die dort benötigt werden würden.

Frau Vierecke hatte nach dem Waldholz gefragt. Das meiste, das wir wissen, wissen wir tatsächlich aus den Kleinen Anfragen, die Ferat Koçak regelmäßig gestellt hat, wo das Holz herkommt. Es ist wirklich nicht transparent, aber man kann herauslesen, dass heutzutage drei Viertel des verbrannten Holzes direkt aus dem Wald stammen. Ein gewisser Anteil ist Landschaftspflegeholz, ein kleiner Anteil KUPs und ein ganz kleiner Anteil Restholz aus der Sägeindustrie. Das führt dazu, dass viele dieser Sortimente, die verbrannt werden, auf jeden Fall von der Holzwerkstoffindustrie mindestens stofflich nutzbar wären; die Sägereste auf jeden Fall, auch das Industrieholz, das da genannt ist. Auch Stammholz geht in die Verbrennung. Es ist aber wirklich schwer nachvollziehbar, nicht transparent. Das Holz wird in Wustermark angeliefert, teilweise schon als Hackschnitzel. Wie das im Wald aussah, ist für uns schwer nachvollziehbar.

Dann vielleicht noch, um die ganzen Zahlen aufzuklären: Ich hatte es schon ein bisschen probiert. Diese 1,6 Millionen Tonnen sind, wie gesagt, wirklich der einfache Dreisatz. Wir haben heute 1 Prozent der Wärme in Berlin aus Holzverbrennung, 100 000 Tonnen. Wenn man 100 000 Tonnen mal 16 oder 17 rechnet und dann sagt, die Kraftwerke sind vielleicht effizienter als die Mitverbrennung in Moabit, kommt man ungefähr auf diese Hausnummer. Ich hatte aber auch schon gesagt, dass es geringere Zahlen sind, die die BEW kommuniziert, und dass wir uns das nur so erklären können, dass diese 17 Prozent Anteil Wärme gar nicht mehr aktuell sind. Ich habe bisher noch keine richtige Antwort darauf gefunden, wie man sonst 17 Prozent der Wärme, die – – Im Dekarbonisierungsfahrplan ist diese Menge definiert. Dann kann man sich ausrechnen, wie der Heizwert von Holz ist, und das haut dann nicht wirklich hin. Nichtsdestotrotz: Die Zahl, die ich gesagt habe, waren 800 000 Tonnen Waldholz. Warum nennt die BEW jetzt niedrigere Zahlen? – Weil sie Altholz nehmen, denke ich. Wenn man sagt, 120 000 Tonnen Altholz in Reuter West, das Doppelte in Klingenberg mit 240 000 Tonnen und dann die 60 000 Tonnen aus Märkisches Viertel kommt man ungefähr auf die genannte Zahl. An der Stelle ist es natürlich eine Annahme, dass man in den beiden Kraftwerken, die neu geplant sind, wirklich zu 100 Prozent auf Altholz setzen wird, und auch dahingehend, dass das Kraftwerk wirklich nur in der Heizperiode läuft. Da haben wir nichts schwarz auf weiß, dass es auch so kommen wird. Das hängt auch davon ab, wie die wie die Alternativen vorankommen und so weiter. – Das vielleicht, um die Zahlen aufzuklären!

Wie ist diese Menge jetzt einzuschätzen? – Ich hatte gesagt, es geht jetzt entweder um den gesamten Jahreseinschlag von Brandenburg oder nur um die Hälfte. Ich glaube, es ist klar, dass beides eine immense Menge Holz ist. Wir kennen zum Beispiel auch Zahlen für ganz

Deutschland. Im Entwurf der Nationalen Biomassestrategie, der geleakt wurde, steht zum Beispiel drin, dass 2,2 Millionen bis 4 Millionen Kubikmeter, also nicht Tonnen, im Jahr 2045 in ganz Deutschland für die energetische Holznutzung zur Verfügung stehen. Da wäre die Menge, die in Berlin eingeplant ist, fast die Hälfte, wenn man das in Kubikmeter umrechnet. Das sind immense Mengen, die allein in Berlin verplant werden, und die werden nicht da sein. Das haben wir gerade schon gehört.

Zuletzt zu den Einschätzungen der Betreiber oder Versorger, das wurde schon mehrfach gesagt, von denen immer wiederholt wird, dass man sich mit Holz dekarbonisieren könne: Es wurde von uns ausreichend dargelegt, dass es ein kohlenstoffhaltiger Brennstoff wie Holz grundsätzlich nicht erlaubt, sich zu dekarbonisieren, weil CO_2 frei wird, sogar mehr als bei den Fossilen. Das wird trotzdem immer wieder als Dekarbonisierungslösung hingestellt, was einfach nicht funktionieren kann. Ganz wichtig ist dieser Aspekt der Lock-ins. Das hatten wir schon mehrfach gesagt. Die Kraftwerke werden jetzt schon geplant, sind im Fall von Reuter West sogar schon im Scoping-Verfahren, bevor überhaupt zum Beispiel die Geothermieprobebohrungen gemacht wurden. Es werden jetzt schon Investitionsentscheidung getroffen, die dann Jahrzehnte diesen hohen Holzbedarf zementieren, wenn die Kraftwerke erst mal da sind.

Zu dieser Aussage: Wir beschränken uns auf 15 Prozent Biomasse. Das ist gar nicht so viel –, wollte ich sagen, dass dieses Minimum nicht freiwillig ist, sondern weil es von der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze vorgegeben ist. Wenn jetzt aber alle Städte sagen, wir gehen auf diese vorgegebene Menge, dann würde sich in ganz Deutschland trotzdem die absolute Menge extrem erhöhen. Das ist immer noch ein extrem hoher Anteil, wie ich gerade schon an den Zahlen dargelegt habe, und es wird ganz vernachlässigt, dass es gar nicht so eine freiwillige Begrenzung ist, sondern die ist vorgegeben, wenn man Fördermittel, zum Beispiel für die Wärmepumpen, haben möchte. Man bekommt diese Förderung trotz der Holzverbrennung, aber nicht deswegen.

Richtung BSR, aber auch BEW: Es geht darum, dass die Verbrennungsmenge auch von Altholz insgesamt steigt, und es wird jetzt schon das gesamte Altholz verbrannt, wir haben die Zahlen gesehen, viel mehr als in anderen Ländern. Wir haben massive Überkapazitäten an Altholzverbrennungsanlagen, und wenn die BSR zwar ihr eigenes Altholz verbrennt, wird trotzdem in anderen Anlagen, wie zum Beispiel in Reuter West oder in Königs Wusterhausen oder wo auch immer es jetzt verbrannt wird, das Holz von woanders geholt. Das löst das Problem nicht, es verschiebt die Mengen. Es ist für die BSR dann vielleicht ein nettes Zubrot, auch Strom und Wärme zu gewinnen, aber das Innogy-Kraftwerk direkt daneben, das in das gleiche Fernwärmenetz einspeist und auch Altholz verbrennt, wird vielleicht das Altholz von weiter weg kaufen, wenn es nicht mehr die Berliner Mengen kriegt. Wie gesagt, es sind diese massiven Überkapazitäten und die Verschiebung der Mengen, die da die großen Probleme machen. Dekarbonisierung mit Holz ist aus unserer Sicht nicht sinnvoll, weil es das Ziel verfehlt, wenn man Klimaschutz machen will. – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Kruse! – Wir haben normalerweise keine zweite Runde, aber Frau Schneider und Herr Hansel haben sich gemeldet. Ich habe vorhin gesagt, dass wir gemeinsam als Ausschussmitglieder eine Tagesordnung beschlossen haben, und wir haben noch drei weitere Tagesordnungspunkte. Ich möchte darauf hinweisen und Sie darum bitten, sich kurzzufassen. – Frau Schneider, dann Herr Hansel, zuerst die Ausschussmitglieder und dann der Senat. – Frau Schneider, bitte!

Julia Schneider (GRÜNE): Okay! – Meine Nachfrage ist nur ganz kurz an Herrn Voß: Habe ich das richtig verstanden? Sie haben gesagt, regionales Holz bedeutet maximal im Umkreis von 35 Kilometer um Berlin herum. Das heißt, da ist an Holz gedacht, das aus Brandenburger Wäldern kommt und nicht zu den Berliner Forsten gehört. Weil in Berlin zurzeit ein Einschlagsmoratorium herrscht, wird Brandenburger Holz dafür verwendet. Ist das richtig? Habe ich das so richtig verstanden?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Schneider! – Herr Hansel, bitte!

Frank-Christian Hansel (AfD): Nur ganz kurz. – Herr Prof. Dr. Lucht! Sie wissen, in China werden 600 Kohlekraftwerke geplant. Die Entwicklung hört nicht auf, sondern wir haben in den nächsten Jahren einen extremen Stromhunger. Auch der globale Süden wird sich entwickeln, und der Strombedarf wird steigen. Wenn man die These ernst nimmt und daran glaubt, dass nur CO_2 das Klima rettet und wir es reduzieren müssen, muss man in die Kernenergie einsteigen, sonst funktioniert das alles nicht. Das wollte ich noch mal klarstellen, denn Sie wissen: Alles, was wir bis 2045 in der Summe einsparen müssen, stößt China in sechs Wochen aus.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Dank, Herr Hansel! – Frau Gennburg hat sich auch gemeldet. – Bitte!

Katalin Gennburg (LINKE): Ich wollte gern noch feststellen, dass in dieser Anhörung sehr deutlich geworden ist, dass drei von vier Anzuhörenden sehr deutlich gesagt haben, dass die Holzverbrennung keine zukunftsfähige Technologie ist. Deswegen würde ich darum bitten, dass der Senat dazu explizit Stellung nimmt, wie er das einschätzt, vor allem mit Blick auf die Verantwortung der Hauptstadt in Fragen der Klimapolitik und der Klimanotlage. – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Gennburg! – Es waren zwei der Anzuhörenden, die Fragen von Ausschussmitgliedern bekommen haben, und die möchte ich jetzt gern bitten, diese Fragen zu beantworten. Zuerst Herr Prof. Dr. Lucht und dann Herr Voß. – Bitte!

Dr. Wolfgang Lucht (PIK): Jedes Land der Welt muss sich um seine Verantwortung kümmern, und zu sagen: Ich mache nichts, denn der macht auch nichts –, geht so nicht. Ich meine, wir sind vorne dran. Wir sind reich. Wir sind technologisch fähig. Wir müssen zeigen, wie es geht, und wir sind ein großer Emittent. Die Dringlichkeit dieser Aufgabe ist wissenschaftlich bestens belegt. Insofern würde ich hoffen, dass nicht wer sich zuerst bewegt, verliert. Es ist in diesem Fall genau umgekehrt. Man sieht bei den Elektroautos: Wer vorangeht, hat nachher die Märkte, und das ist auch beim Klimaschutz so. Ich sage manchmal, das 20. Jahrhundert ist vorbei, wir sind im 21., und das wird sich auch in der Energietechnik durchsetzen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Dr. Lucht! – Herr Voß, bitte!

Marko Voß (BEW): Zur Frage von Frau Schneider: Die Biomassebeschaffung heute ist regional. Der Radius ist 55 Kilometer, und den werden wir erweitern müssen. Wie gesagt, wir haben in der Machbarkeitsstudie schon große Radien untersucht, 200 Kilometer, 250 Kilometer. Wir glauben, dass wir in diesem Radius in der Region bleiben, um die regionale Biomasse beschaffen zu können. Das zeigen unsere Analysen und Studien, die wir haben.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Voß! – Es gab auch Fragen an den Senat. Deshalb erteile ich das Wort Herrn Staatssekretär Dr. Fischer. – Bitte!

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Vielen herzlichen Dank! – Ich bedanke mich explizit für die letzte Frage von Frau Gennburg, weil sie die Möglichkeit gibt, die Haltung des Senats hier deutlich zu machen. Ich habe versucht, in der Einleitung klarzumachen: Biomassenutzung sowohl in der Stromerzeugung als auch bei der Fernwärme ist kein Selbstzweck. Es geht nicht darum, dass wir unbedingt in dieser Stadt Biomasse verbrennen wollen, sondern es gibt einen gesetzlichen Rahmen. Der sieht vor, dass wir bis 2030 40 Prozent erneuerbare Wärme erzeugen sollen, und in diesem gesetzlichen Rahmen wird erneuerbare Wärme auch als Biomasse definiert. Wir sollen gegenüber 1990 70 Prozent CO_2 einsparen, kommen von knapp 50 Prozent, 45 Prozent heute, und wir wollen einen Kohleausstieg schaffen, der bis zum Jahr 2030 erfolgen soll. Die Fragestellung, die sich aus dem Zusammenhang ergibt, ist: Wie soll das technisch funktionieren? Wenn wir nur das Jahr 2045, also unser Ziel für die Klimaneutralität betrachten, dann bin ich der festen Überzeugung, dass wir in diesem Zieljahr mit sehr wenig Biomasse auskommen. Wir haben aber eine technische Herausforderung, die die nächsten fünf, sechs Jahre betrifft, im Jahr 2030 diese gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen. Wenn wir das tun wollen, dann ist im Moment Biomasse ein Puzzlestein in diesem Gesamtbild.

Ich will noch einmal deutlich machen, dass es gerade mit Blick auf die Alternativen schon Zusammenhänge gibt, die in der Diskussion heute noch nicht so vertieft angesprochen wurden, aber die gerade, was die Versorgungssicherheit angeht, schon zentral sind. Wir haben eine zunehmende Verquickung unseres Wärmesystems mit dem Stromsystem. Auch für das Stromsystem sind wir als Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe zuständig und machen da unsere Hausaufgaben. Wir haben in diesem Jahr noch mal eine Eigenkapitalzuführung für die erforderlichen Investitionen vorgeschlagen und vom Parlament bewilligt bekommen. Um die Größenordnung einmal darzustellen: Wir verdoppeln die Kapazität des Berliner Stromnetzes in den kommenden zehn Jahren. Das ist eine gigantische Aufgabe, und die erfordert am Ende von der Stromnetz über 2 Milliarden Euro Investitionen. Ein ganz wesentlicher Teil davon geht in die Wärme. In der Wärme wird in Zukunft mit Großwärmepumpen bei der BEW, über die kleine Wärmepumpe bei Ihnen im Haus, bei all dem, was wir an Abwärmenutzung in dieser Stadt nutzen wollen, die am Ende auch eine strombasierte Nutzung ist, gearbeitet, und werden wir darüber reden müssen, wie das geht. Deswegen ist mir wichtig zu betonen, dass wir wirklich jede Quelle suchen, die wir als Alternative verwenden können, um den Anteil der Biomasse im System möglichst niedrig zu halten. Am Ende ist es so, dass wir auch die Geothermie als nicht strombasierte Quelle nutzen wollen, von der wir aber davon ausgehen, dass sie in 2030 noch nicht ganz so weit ist und wir in den Dreißigerjahren erst zu einem Hochlauf kommen.

Eine letzte Bemerkung noch, auch das ist am Ende wichtig für das Stromsystem: Wir betreiben heute in Berlin wenig Kraftwerke. Wir erzeugen relativ wenig Strom, importieren den im Wesentlichen aus Brandenburg. Die KWK-Anlagen der Fernwärme, die wir in dieser Stadt betreiben, sind die, die auf festen Brennstoffen basieren beziehungsweise über Gas laufen. Da ist es so, dass die Biomassenutzung auch für die Stromerzeugung für die verbleibenden KWK-Anlagen eine Rolle spielt.

Ganz kurz noch zu den konkreten Fragen, um die nicht unbeantwortet zu lassen: Die Dekarbonisierungsfahrpläne, die ursprünglich eingereicht wurden, sowohl vom Fernheizkraftwerk Neukölln als auch von der BEW und der BTB, sind im Moment bei der Regulierungsbehörde bei uns im Haus zur Prüfung. Wir werden uns vermutlich nicht an den fünfjährigen Zyklus halten, sondern das sehr dynamisch weiterentwickeln, gemeinsam mit unseren Fernwärmeunternehmen. Ich hoffe, dass wir in diesem Jahr noch erste Antworten finden, die aber auch mit der Investitionsplanung zusammenhängen. Das wird sich aber so, wie sich die Wärmelandschaft rund um kommunale Wärmeplanungen und alles, was wir da an Erkenntnissen finden, als sehr dynamischen Prozess darstellen. Es kann natürlich sein, dass wir vor Vollendung des Dekarbonisierungsfahrplans die eine oder andere Entscheidung rund um B-Planentwicklungen treffen müssen, weil sie erforderlich ist, um die Versorgungssicherheit mit Blick auf das Jahr 2030 zu gewährleisten. Das will ich in diesem Moment nicht ausschließen. Wir versuchen aber, mit der Investitions- und der Dekarbonisierungsplanung in einem Prozess zu arbeiten. Wir werden in diesem Jahr noch, wenn ich es richtig sehe, drei Aufsichtsratssitzungen haben, und am Ende muss der Aufsichtsrat der Geschäftsführung bestätigen, was dort geplant ist. Insofern gibt es ausreichend Gelegenheit, diese Planungen in Einklang zu bringen.

Eine der Fragen betraf die Nachhaltigkeitskriterien und die Vereinbarung, die damals Senatorin Günther mit dem Vattenfall-Konzern geschlossen hat. Es ist mir wichtig, noch mal zu sagen, dass wir erst mal an der Vereinbarung festhalten. Die ist im Moment gültig. Wir werden uns aber auch anschauen, wie das in Zukunft weitergeht und ob wir da noch mal nachschärfen müssen. Wichtig ist für den Moment, mal festzuhalten, dass wir eine regionale Nutzung von Biomasse mit einer Präferenz für eine Altholzverwertung beziehungsweise die Nutzung aus den Aufzuchtbetrieben in der Nähe dafür nicht infrage stellen, sondern in Bezug nehmen.

Letztlich war noch die Frage nach den Bioabfallquoten, die Frau Vierecke gestellt hat. Das ist nicht unsere Ressortzuständigkeit, sondern der Kollege Wieczorek und Herr Witt können bestimmt gleich noch etwas dazu sagen. Mir ist nur wichtig, noch zu betonen: Auch die thermische Nutzung von Restabfall ist Bestandteil der Wärmeversorgung in dieser Stadt. Das ist es ein Baustein der zukünftigen Wärmeversorgung. Deswegen ist die Abfallhierarchie ganz zentral, dass wir natürlich immer erst recyceln, aber dass wir die Wärmeversorgung in dieser Stadt ganz ohne eine thermische Nutzung von Abfall kurzfristig hinbekommen würden, ist logischerweise nicht der Fall. Deswegen bleibt das auch weiter ein Thema.

Abschließend noch zu den unterschiedlichen Quellen aus Abwärmenutzung, nach denen gefragt wurde. Da prüfen wir natürlich alles, was geht. Ein relativ neues Thema sind die Rechenzentren. Da will ich nur anmerken, noch mal mit Blick zum Thema Stromnetz, dass die Rechenzentren eine riesige Herausforderung für das Stromnetz sind, denn am Ende ist das eine Umwandlung aus dem Strom in Wärme, und wir bekommen am Ende noch die Restwärme davon ab. Es ist richtig und gut, dass wir die nutzen, aber erst mal ist es natürlich eine Stromnutzung im Rechenzentrum, und auch die belastet das System. Nichtsdestotrotz machen wir das. Wir untersuchen gerade in einem Reallabor gemeinsam mit den Wasserbetrieben noch weitere Abwärmequellen aus dem Abwasser, das ist eine ganz wichtige Quelle, und versuchen überall da, wo wir in der Industrie hinkommen, auch Flusswärme zu nutzen. Auch das ist ein wichtiger Baustein. Jedes Grad, das wir aus der Umgebung für das Wärmesystem nutzen können, wollen wir in Zukunft nutzen. – Mit Ihrer Erlaubnis, Herr Vorsitzender, würde ich das Wort an Herrn Witt geben. An ihn gab es auch noch zwei, drei Fragen.

Markus Witt (BSR): Dann nehme ich den Ball gern auf, Herr Vorsitzender, um da noch weitergehend zu antworten und gleich hier einzusteigen. Als landeseigenes Unternehmen, als BSR, ist natürlich, wie ich schon sagte, unsere erste Aufgabe, für eine saubere Stadt und für Entsorgungssicherheit zu sorgen. Wir leisten aber, das ist hier mehrfach angesprochen worden, über das MHKW in Ruhleben heute schon einen wesentlichen Beitrag zur Wärmeversorgung, weil wir über unvermeidbare Abwärme verfügen, die heute schon in Fernwärme und auch KWK-Strom umgewandelt wird. Insofern sind wir als BSR nicht nur ein Entsorgungsunternehmen, sondern wir sehen auch, dass wir einen Beitrag zur Versorgung mit Wärme in dieser Stadt und damit einen Beitrag zur Wärmeplanung und Wärmetransformation in der Stadt leisten können. Das können und wollen wir als BSR am Standort Gradestraße ausbauen.

Dazu gab es noch einige Fragen in Bezug auf die Recyclinghalle und die Bioenergieanlage, wann Zahlen vorliegen. Wir befinden uns jetzt im Abschluss der Vorplanung für die Recyclinghalle. Die Recyclinghalle und das, was wir dort an Recyclingquote erreichen, determiniert mit dem dann verbleibenden Output die Größe und die Planungsbasis für die Bioenergieanlage. Insofern wird das aufeinander abgestimmt sein.

Herr Taschner! Sie sagten, Ende des Jahres. Ich glaube, das ein guter Zeitpunkt, um da noch mal einzusteigen und zu sagen, was dann die genaueren Zahlen sind, mit denen wir über die Recyclinghalle sprechen. Bezogen auf Recyclingquoten und auf die Frage A-I- bis A-IV-Holz: A-I-Holz sollte im Idealfall gar nicht in der Thermik landen, sondern natürlich zu 100 Prozent in die stoffliche Verwertung gehen. Das ist unser Anspruch. A-II-Holz sollte zum ganz überwiegenden Teil in die stoffliche Verwertung gehen und nur zu einem geringen Teil in die Thermik. A-III-Holz ist aus unserer Sicht eine andere Geschichte. Das nehmen wir am Recyclinghof auch an, und da sehen wir aufgrund der Sortierfähigkeiten und -möglichkeiten auch der modernsten Technik, dass wir da an einem Punkt sind, dass die A-III-Fraktion überwiegend in die Thermik gehen wird. A-IV-Holz: Das sind die Bahnschwellen, also das belastetste Holz, das Sie sich vorstellen können. Das kommt bei uns auf den Recyclinghöfen an und wird sofort aussortiert. Das ist gar nicht Teil unserer Betrachtung, denn das A-IV-Holz geht in spezielle Verwertungs- und auch Verbrennungsanlagen. Das ist nicht das, worüber wir als BSR am Standort Gradestraße sprechen. Diese Anlage wird kein A-IV-Holz verbrennen.

Wenn ich mir die Quoten anschaue, der Punkt war Italien, darauf will ich noch kurz eingehen: Sprechen Sie auch mal mit den Italienern? – Nein, brauchen wir nicht, denn wir werden State-of-the-Art-Technologie bis hin zur Bilderkennung in dieser Recyclinghalle einsetzen, um sehr sortenrein und -scharf die verschiedenen Holzsortimente voneinander zu trennen. Dann, glauben wir, kommen wir in eine sehr hohe Trenntiefe und damit zu einer sehr hohen stofflichen Recyclingquote. – Das noch dazu.

Dann hatten wir Fragen von Frau Vierecke zur Biomasse und Restabfall. Das haben wir eigentlich schon angesprochen. Ich kann nur sagen: Als BSR sind wir nicht damit zufrieden, dass noch zu viele Küchenabfälle, biovergärbare oder kompostierbare Biomasse in der schwarzen Tonne landet, im Restabfall. Das sehen wir. Wenn wir Restabfall sortieren, dann sehen wir ganz genau, dass da noch ein zu hoher Anteil drin ist. Wir glauben, dass wir auf Basis des AWK betrachtet in Berlin noch Potenzial haben, aber es ist leider so, dass wir in

bestimmten Bezirken eine sehr hohe Fehlwurfquote haben, sowohl was Bio in die schwarze Tonne angeht, als auch was Plastik und Metalle in die Biotonne angeht. Da sind wir als BSR sehr unglücklich, weil wir eine sehr hochwertige Verwertung dieser Bioabfälle vorhaben, und wenn Sie dann erst mal Plastikmüll und Metalle aus der Biotonne raussuchen müssen, dann ist das einfach für die BSR ein Problem.

Des Weiteren noch ganz kurz zu Technikfragen. Herr Freymark, die habe ich, glaube ich, auch beantwortet. Wir werden sehr darauf achten, dass kein Anteil mal eben in die Verbrennung kommt statt in die Verwertung.

Was sind die konkreten Planungen? – Wir werden uns verschiedene Szenarien ansehen, wie diese Bioenergieanlage aufgesetzt werden soll, aber sinnfällig erscheint uns sowohl die Erzeugung von Wärme als auch von Kraft-Wärme-Kopplungsstrom, um damit den Standort, den wir dort haben, der eine hohe Strombedarfseigenleistung hat, als BSR selbst mit diesem Strom zu versorgen. Damit entlasten wir das Stromnetz. Wir ziehen heute fast drei Megawatt elektrisch aus dem Stromnetz. Das können wir in Zukunft anders machen, indem wir den Strom selbst erzeugen. Wir helfen damit unseren Kollegen vom Stromnetz Berlin. Das ist das eine.

Die Fernwärme: Wir haben jetzt ein paar Mal über das in Fernheizwerk Neukölln gesprochen. Wir reden mit dem Fernheizwerk Neukölln, sind da in enger Abstimmung. Die Menge an Wärme, die wir erzeugen, ist zunächst einmal eine Grundlastwärme. Hier muss in Zukunft genauer geklärt werden, was im Einsatz der Wärme in Berlin eigentlich Biomasse bedeutet. Redet man über Biomasse als Grundlastwärme, als Mittelast oder vielleicht als Mittelspitzenlast? Unsere Anlage ist eher zur Grundlast gedacht, weil wir einen sehr kontinuierlichen Anfall an Sperrabfall und Altholz haben, und die Anlage wird in der Lage sein, in die Grundlastwärme des Fernheizwerks Neukölln einzuspeisen. Wenn dann mal weniger Bedarfs ist, als wir erzeugen könnten, muss man wissen, dass das Fernheizwerk Neukölln mit dem Zentralnetz der Berliner Energie und Wärme in Mitte verbunden ist. Da gibt es eine technische Möglichkeit, diese Wärme auch in das Fernwärmenetz Mitte zu transferieren. Insofern ist es rein technisch möglich, dass wir mit unserer Anlage das Jahr hindurch sehr kontinuierlich Wärme liefern und damit nicht nur Neukölln, sondern auch Mitte mit klimafreundlicher Wärme versorgen. – So viel zu den Punkten.

Ich plädiere zuletzt noch dafür, doch sehr genau zwischen Altholz und Frischholz zu trennen. Das scheint mir hier in der Diskussion etwas vermischt worden zu sein. Da gibt es aber nun wirklich in vielerlei Hinsicht deutliche Unterschiede. Die sollten wir hier in der Fachdiskussion auch mitnehmen.

Zuallerletzt: Die Bioenergieanlage in der Gradestraße wird für die BSR kein nettes Zubrot sein, sondern die Anlage wird dazu beitragen, zum einen Wärme zu liefern, aber zum anderen soll sie sich natürlich auch rechnen. Das werden wir nur entscheiden, wenn wir eine entsprechende Wirtschaftlichkeit sehen. Das bedeutet, dass wir hier einen Vorteil für die Gebührenzahlerinnen und -zahler haben, um damit die Gebührensituation der BSR stabil zu halten. – Vielen Dank!

Staatssekretär Johannes Wieczorek (SenMVKU): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Da der Senat das Wort noch hat, will ich mit Blick auf die Uhr noch einen Satz hinzufügen. Es war noch die Frage von Frau Vierecke nach der Abfallhierarchie. Ich habe mich gerade bei der anwesenden Kollegin noch mal versichert: Die Abfallhierarchie wird eingehalten. – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke an den Senat! – Wir sind jetzt am Schluss der Anhörung. Ich möchte den Anzuhörenden im Namen des Ausschusses danken, dass Sie uns heute mit Ihrer Expertise zur Verfügung gestanden haben, und wünsche Ihnen einen schönen Resttag! Das Ergebnis zu Tagesordnungspunkt 3 a: Die Besprechung zu TOP 3 a wird vertagt, bis das Wortprotokoll vorliegt und die Anhörung ausgewertet werden kann. Besteht darüber Einvernehmen? – Das ist der Fall. Dann verfahren wir so.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag, Drucksache 19/1638. Falls die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag nicht heute, sondern erst nach dem Vorliegen des Wortprotokolls wünscht, sollte das signalisiert werden. Oder sollen wir jetzt abstimmen? – Das ist der Fall. Dann verfahren wir so. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Wer ist dagegen? – Das sind die restlichen drei Fraktionen. Dann ist dieser Antrag, Drucksache 19/1638, abgelehnt. Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe.

Punkt 4 der Tagesordnung

a)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Herausforderungen und Perspektiven in der Wasserversorgung für Berlin** (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)	0133 UK
b)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Grundwasser schonen durch Maßnahmen zum Grauwasserrecycling in der Gebäudetechnik: Herausforderungen bei der Umsetzung** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0120 UK
c)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Wasserrationierungen dauerhaft verhindern – Notwendige Investitionen in die Trinkwasserversorgung** (auf Antrag der Fraktion der AfD)	0109 UK

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 15.02.2024

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs	0168
Klassenfrage Golfplätze: Wasserverschwender mit eigenen Brunnen	UK
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)	

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion	0145
Drucksache 19/1389	UK
Überflüssige Umweltzone abschaffen	Mobil(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.